



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Digitale Sammlungen

1932

23.03.1932 (Nr. 58)

LNZ

Einzelpreis 15 Pfennig

Mittwoch, 23. März 1932 • Nummer 58

Die Arbeitslosigkeit steigt

Berlin, 23. März. Die Zahl der Erwerbslosen belief sich am 15. März auf 6 129 000 gegen 6 128 000 am 29. Februar.

Bremer Nationalsozialistische Zeitung

Parteiamtliches Organ der Bremer Nationalsozialisten

Verlagsort Bremen. Herausgeber Kurt Thiele. Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung, Kurt Thiele. Geschäftsstelle und Redaktion: Papenstr. 15. Sprechstunden der Redaktion: Montag bis Freitag von 17 bis 19 Uhr. — Fernsprecher Domsheide 25878.

Die LNZ erscheint jeden Werktag u. kostet RM 1.90 frei Haus, durch die Post zuzügl. 36 Pfg. Beleggeld. Der Bezugspreis ist im Voraus zahlbar. Bei Betriebsförderung, Streik, Verbot, Aussperrung usw. hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Rückzahl. des Bezugspr.

Anzeigenberechnung: hiesige die 10 gespaltene mm-Zeile RM 0.10, auswärts RM 0.12, im Tertiel RM 0.50, auswärts RM 0.70, Stellengedruckte RM 0.04. Sonstige kleine Anzeigen RM 0.06, Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Rundfunk bleibt gesperrt

Adolf Hitler darf nicht im Rundfunk sprechen

Die neue Aktion

Von Dr. Goebels.

Während in Berlin und überall anderswo im Reich die Journaille des Systems und die ihr wesensverwandten Hindenburg-Parteien sich im lauten Siegestaumel wiegen, — noch mehr solcher Siege, und sie werden sich bald zu Tode gesetzt haben — fassen die Amtseiter der Reichsleitung in München oder in einem kleinen Ort im Oberbayern zusammen, legen sich Redenshaft ab über das bisher Geleistete und noch nicht Erreichte, unterfüttern kritisch und unvoreingenommen die Gründe, die uns diesmal noch nicht bis zum endgültigen Siege vorantreiben ließen, und formulieren dann die Richtlinien, nach denen die Partei im zweiten Wahlgang zur Präsidentenwahl arbeiten soll. Es herrsche in der Bewegung auch keine Sekunde lang ein Zweifel darüber, daß der Kampf, den wir einmal aufgenommen hatten, immer jeder Bedingung weitergeführt, und daß es unserer zähen Verbissenheit auch gelingen würde, am Ende unsere ganze Arbeit mit einem vollen Sieg zu krönen. Annap eine Woche hat es gedauert, bis wir das, was notwendig war, in allen Einzelheiten erörtert und festgelegt hatten. Am Sonnabend traten in München die verantwortlichen Gauleiter der Partei zur letzten Beratung zusammen. Am Sonntag oder an einem der kurz darauffolgenden Tage fanden in allen Gaue die entsprechenden Amtswaltertagungen statt und jetzt ist wohl der neue Plan trotz aller Hindernisse und Wahlbehinderung bis zum letzten Mann in der Partei durchgedrungen.

In Bremen fand diese Versammlung am geistreichen Dienstag im vollbesetzten Casinoaal statt.

Ausserordentliche Mittel

Es war von vornherein klar, daß die außerordentliche Lage auch außerordentliche Mittel und Methoden erforderlich machte. Wenn unsere Gegner die Hoffnung hegten, sie könnten durch eine zwangsmäßig eingeführte vierwöchentliche Ruhepause die Partei überhaupt zur Unfähigkeit verurteilen, so werden sie sich schon in kürzester Frist davon überzeugen müssen, daß das ein Jertum ist. Wir unterscheiden uns von der Hindenburg-Front vor allem dadurch, daß wir eine absolut feste weichenhalsig untermauerte Organisation zur Verfügung haben, die in ihrer propagandistischen Schlagkraft so wenig und elastisch ist, daß sie auch für Lösung fast unlösbarer scheinender Aufgaben eingesetzt werden kann. Wir sind nicht, wie dort drüben, ein wilder Haufen von Parteien, Gruppen und Interessengruppen, die zusammengeklüppelt, der wenn er nicht mehr durch eine temporäre Angst aneinandergehalten wird, sofort wieder auseinanderfällt. Unsere Partei ist im Kampf gewachsen und groß geworden. Sie kennt all die Gefahren, die in schwierigen Situationen Menschen und Parteien bedrohen. Sie ist ihrer zu oft Herr geworden, als daß sie davor kapitulieren könnte.

Wieder in Front

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte dafür, daß die nationalsozialistische Bewegung nicht nur zahlen, sondern auch willensfähig

Gerechtigkeit die Grundlage des Staates

Berlin, 22. März. Der Führer der NSDAP, Adolf Hitler, hatte vor einiger Zeit den Antrag gestellt, anläßlich des zweiten Wahlganges zur Reichspräsidentenwahl den Rundfunk zu einer Ansprache zur Verfügung gestellt zu bekommen. Der politische Überwachungsanspruch hat diesen Antrag abgelehnt und seine Stellungnahme damit begründet, die Reichsregierung sehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß auch im zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl der Rundfunk für parteipolitische Zwecke nicht zur Verfügung gestellt werden dürfe.

Wir haben damit gerechnet, daß das System trotz aller angekündigter Mittellosigkeit unserem Führer den Rundfunk verweigern würde, obwohl der Kandidat des Systems, Herr von Hindenburg und sein beamteter Propagandist ausgiebigen Gebrauch von dieser Einrichtung gemacht haben und auch wieder machen werden. Dabei ist die Rechtslage so eindeutig zu unseren Gunsten, daß man wirklich gespannt sein darf, mit welcher Begründung man die 11,5 Millionen Wähler Hitlers, die mit ihrem Gelde genau wie die Wähler Hindenburgs, den Rundfunk finanzieren und die Gehälter der Rundfunkbeamten aufrufen, ihres selbstverständlichen Rechtes beraubt. Wir erinnern uns, daß im ersten Reichspräsidentenwahlkampf so wohl Herr Marx wie Herr von Hindenburg der Rundfunk zur Verfügung stand, während man diesmal ganz einseitig nur einem Kandidaten das Mikrophon freigibt. Wenn die Gegenfelle behauptet, Herr von Hindenburg habe als Reichspräsident und nicht als Kandidat gesprochen, so widerlegt Herr von Hindenburg selbst diese Behauptung, denn er schloß seine Ausführungen mit dem Satz: „Das ist Sinn und Ziel meiner Kandidatur!“ Und wenn das nicht genügt, dem sei gesagt, daß ja nicht nur Hindenburg sondern auch Brüning eine Wahlrede im Rundfunk gehalten hat, in der er nichts über seine Tätigkeit als Kanzler verriet, sondern ausschließlich in wenig sachlicher Form den Nationalsozialismus angriff. Wir erinnern uns weiter daran, daß man Brünnings Reichstagsrede nach beschleunigter Bearbeitung ebenfalls mehrfach durch den Rundfunk verbreitete, wieder zu dem ausschließlichen Zweck, den Kandidaten Hitler bei den Wählermassen herabzusetzen.

Die Tatsache, daß in Deutschland eine solche schreiende Ungerechtigkeit möglich ist, führen wir Nationalsozialisten auf das System zurück, dem wir den Kampf bis zum Letzten angesagt haben. Wir erinnern daran, daß schon vor 200 Jahren ein König von Preußen einen Prozeß gegen einen Müller verlor, weil er im Unrecht war! Gerechtigkeit, Herr von Hindenburg, ist aber die Grundlage jedes Staates und wenn dieses Fundament zerstört wird, so zerstört sich in diesem Falle das System selbst. Man kann uns wider alles Recht den Rundfunk verbieten, aber man kann uns nicht unterlegen, jeden deutschen Menschen ganz gleich welcher Partei, darauf hinzuwirken, daß dieses System sich nur noch dadurch am Ruhr halten will, daß es die Rechtsgrundlagen des Volkes nicht achtet, und eine vom Volke bezahlte Einrichtung dazu mißbraucht, einen Kandidaten vor dem anderen zu bevorzugen.

So werden die Fehler des Systems unsere besten Waffen und wir lassen nicht vom Gegner ab, bis er besiegt am Boden liegt, bis alle deutschen Menschen erkannt haben, daß in unserer Idee und unserer Bewegung allein die Grundlage für den Wiederaufbau der deutschen Nation gegeben ist.

Wir werden kämpfen bis zum 10. April in einem noch nie dagewesenen Maße und wir werden weiterkämpfen vom 11. April bis zum 24. April und dann weiter Tag für Tag, getragen von immer größerem Zellen des deutschen Volkes, bis zu der Stunde, in der sich der Kampf zur Arbeit am Neubau des Staates wandelt.

Reichslandbund für Hitler

Berlin, 22. März. Der Bundesvorstand des Reichslandbundes folgte am Dienstag folgende Entschliessung:

„Die Gründe, die den Reichslandbund veranlaßt hatten, seine Stimme nicht für Hindenburg einzulegen, bleiben auch für den zweiten Wahlgang in vollem Umfang bestehen. Die verheerenden Auswirkungen der Irreführung der bisherigen deutschen gesamtstaatlichen und Reichspolitiker sind für die deutsche Wirtschaft von Tag zu Tag fühlbarer. Daher kann ein deutscher Bauer am 10. April nicht Arum in Arum mit der bauerfeindlichen Sozialdemokratie den Reichspräsidenten wählen. Der Reichslandbund hat schon für den ersten Wahlgang die Herausstellung der Persönlichkeiten bewirkt, den anderen Gruppen der nationalen Front überlassen. Seine Stellungnahme für den zweiten Wahlgang bedeutet daher keine parteipolitische Bindung. In der Stimmabgabe für Hitler, der als einziger der bisherigen Kandidaten der nationalen Bewegung seine Kandidatur in der zweiten Wahl aufrecht erhält, sieht der Reichslandbund eine harte kämpferische Kundgebung. Der notwendige Kampf des deut-

halten hat, in der er nichts über seine Tätigkeit als Kanzler verriet, sondern ausschließlich in wenig sachlicher Form den Nationalsozialismus angriff. Wir erinnern uns weiter daran, daß man Brünnings Reichstagsrede nach beschleunigter Bearbeitung ebenfalls mehrfach durch den Rundfunk verbreitete, wieder zu dem ausschließlichen Zweck, den Kandidaten Hitler bei den Wählermassen herabzusetzen.

Die Tatsache, daß in Deutschland eine solche schreiende Ungerechtigkeit möglich ist, führen wir Nationalsozialisten auf das System zurück, dem wir den Kampf bis zum Letzten angesagt haben. Wir erinnern daran, daß schon vor 200 Jahren ein König von Preußen einen Prozeß gegen einen Müller verlor, weil er im Unrecht war! Gerechtigkeit, Herr von Hindenburg, ist aber die Grundlage jedes Staates und wenn dieses Fundament zerstört wird, so zerstört sich in diesem Falle das System selbst. Man kann uns wider alles Recht den Rundfunk verbieten, aber man kann uns nicht unterlegen, jeden deutschen Menschen ganz gleich welcher Partei, darauf hinzuwirken, daß dieses System sich nur noch dadurch am Ruhr halten will, daß es die Rechtsgrundlagen des Volkes nicht achtet, und eine vom Volke bezahlte Einrichtung dazu mißbraucht, einen Kandidaten vor dem anderen zu bevorzugen.

So werden die Fehler des Systems unsere besten Waffen und wir lassen nicht vom Gegner ab, bis er besiegt am Boden liegt, bis alle deutschen Menschen erkannt haben, daß in unserer Idee und unserer Bewegung allein die Grundlage für den Wiederaufbau der deutschen Nation gegeben ist.

Wir werden kämpfen bis zum 10. April in einem noch nie dagewesenen Maße und wir werden weiterkämpfen vom 11. April bis zum 24. April und dann weiter Tag für Tag, getragen von immer größerem Zellen des deutschen Volkes, bis zu der Stunde, in der sich der Kampf zur Arbeit am Neubau des Staates wandelt.

Aus der Luft gegriffen

München, 22. März. Die Reichsleitung der Hitlerjugend erklärt: Entgegen den Meldungen einiger kaisergerichteter Berliner Blätter, die von einem Aufmarsch der Hitlerjugend zu Ostern in Braunschweig schreiben, wird mitgeteilt, daß zu Ostern in Braunschweig nur eine geschlossene Führertagung der Hitlerjugend stattfindet, zu der Anwesende überhaupt keinen Zutritt haben. Diese Tendenzmeldungen sind also völlig aus der Luft gegriffen.

„Niedersächsische Tageszeitung“ ver-

hottet. Hannover, 22. März. Die nationalsozialistische „Niedersächsische Tageszeitung“ in Hannover ist wegen Veröffentlichung einer von der Reichsleitung der NSDAP. verbreiteten Erklärung des Führers der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, Adolf Hitler, in der an den Maßnahmen des Innenministers Göring Kritik geübt wird, auf die Dauer von acht Tagen verboten worden. Besonders in dem in der Erklärung enthaltenen Wort „Verfassungsbrüche“ wird eine Beleidigung Görings erblickt. Gegen das Verbot wurde Beschwerde eingelegt beim preussischen Innenministerium, beim Reichsinnenministerium und beim Reichsgericht.

„Völkischer Beobachter“ verboten

München, 22. März. Der „Völkische Beobachter“ ist von der Polizeidirektion München ab Dienstag, den 22. März, bis einschließlich Samstag, den 26. März, aus denselben Gründen verboten worden.

Und weitere NS.-Zeitungen verboten

Aus dem gleichen Grunde wurde das „Koblenzer Nationalblatt“, „Westdeutsche Beobachter“, Aöln, „Vollspatole“, „Düsseldorfer“, „Düsseldorfischer“, nicht ihren Kopfschlägern auf 5 Tage verboten.

Neuer Schlag gegen Danzig

Warschau, 22. März. Die Ortsgruppe des Regierungsbüros in Augustów bei Grodno ist gelegentlich der Namenstag-Feier Pilsudskis am 19. März auf den hochstehenden Gedanken gekommen, der Regierung und Öffentlichkeit den Vorschlag zu unterbreiten, zu Ehren Marschall Pilsudskis „ein Werk von ewiger Dauer und gemeinsamer Nützlichkeit für Polen und Welt“ zu errichten. Es sei nämlich, so heißt es in diesem Vorschlag, zur Erweiterung der politischen Machtsphären von größter Wichtigkeit, den Bau eines Kanals in Angriff zu nehmen, der Gdingen mit Danzig verbinden würde. Dieser Kanal solle mit Unterstützung der gesamten Öffentlichkeit errichtet werden und am Tage der 15jährigen Unabhängigkeit Polens eingeweiht werden. Der 19. März werde jedes Jahr der Tag sein, an dem in dieser Hinsicht die bisherigen Erfolge überprüft werden sollen. Die Sammlung für dieses Werk, für Größe und Ruhm des politischen Volkes, die unter den Regierungsanhängern in Augustów veranstaltet wurde, hat ungefähr 200 Plätze ergeben. Sollte dieser Kanalbau tatsächlich aufzuleben, so würde er von weittragender Bedeutung sein. Die Dauereröffnung Gdingens mit der Weichsel würde der letzte Schlag gegen Danzig sein.

die Trägerin der deutschen Wiedergeburt ist, so wäre er am 13. und 14. März erbracht worden. Nicht nur, daß wir die anderen nationalen Gruppen um ein Vielfaches an Zahl überlegen konnten, wir haben auch durch den Entschluß, den Kampf gegen das System mit allen Mitteln und unter jeder Bedingung fortzusetzen, den Beweis erbracht, daß wir die Segmente, der deutschen Freiheitsbewegung beanspruchten dürfen und mit Recht verdienen. Nun geht die Partei wieder in Front.

Neue Kampfphase

Die Tage bis Ostern und die Woche danach dienen der Vorbereitung des Kampfes in der Organisation selbst. Jeder Parteigenosse wird in seiner Richtung auf das unmittelbar vor uns liegende Ziel eingestellt. Er wird in dieser kurzen Zeit mit den Notwendigkeiten, die die neu einsetzende Kampfphase bedingt, vertraut, und damit eine Million Menschen zu unmittelbaren Trägern der politischen Arbeit gemacht. Ein fein eingestellter Organisationsapparat kommt uns dabei zugute. Wir haben es nicht nötig, bezugslos Menschenmaterial zu blenden, dem wir die Durchführung unserer Absichten anvertrauen müssen. In der Partei fühlt sich jeder als unmittelbar verantwortlich für die Erreichung des gestellten Zieles.

Besondere Methoden

Am Dienstag nach Ostern feiert die erste Welle ein. Sie wird getragen sein von der aktiven Parteigenossenschaft selbst. Bis zum Ende des Osterfestes werden wir die uns zur Verfügung stehende Zeit mit emsig r und mühevoller, aber darum vielseltig um so erfolgreicher Kleinarbeit ausfüllen. Ist das getan, dann geht am Sonntag, den 3. April, mittags um 12 Uhr die große Aktion ein. Sie wendet sich wieder unmittelbar an die breitesten Öffentlichkeit und wird dabei neue propagandistische Methoden erproben, die in Deutschland bisher vollkommen unbekannt waren. Schon im Hinblick darauf, daß die Öffentlichkeit früh genug und in ausweichendem Maße davon erfahren wird, fühlen wir uns zu diesem Zeitpunkt keineswegs verpflichtet, ihr Näheres darüber mitzuteilen. Aber schon jetzt kann gesagt werden, daß unsere Partei-Organisation damit eine Aufgabe gestellt ist, die ihrer Würde entspricht, und die gelöst werden kann, wenn sie sich mit dem bisher an ihr erprobten Eifer und der an ihr sich bewährten Fähigkeit der Verwirklichung daran macht. Bis zum Mittwoch der letzten Welle wird es uns gelingen, die Agitationswelle auf ihre Höhe hochzutreiben, und dann zu noch nie dagewesenem Umfang zu steigern.

Unsere Pflichten

Jeder Parteigenosse hat die Pflicht, an diesem großen Werk mitzuarbeiten. Es wird und muß gelingen, wenn alle ihre Schuldigkeit tun. Keiner darf sich von der Arbeit ausgliedern. So wie der Führer der Bewegung nach dem 13. März auch nicht eine Minute lang ausgeht hat, so muß die gesamte Partei bis zum letzten Hüttingen mit

mutiger Entschlossenheit die gestellte Aufgabe zu lösen und zu meistern versuchen. Unsere Feinde sollen zu früh triumphieren. Sie machen sich das Siegen zu leicht. Wir haben in anderthalb Jahren mehr gewonnen, als die meisten von ihnen zusammen genommen überhaupt ausmachen. Wir sind zur weitaus stärksten Partei Deutschlands geworden, und der Weg, der hinter uns liegt, war sicherlich steiler und schwerer als der, den wir noch bezwingen müssen. Sie mögen sich mit Lüge und Verleumdung dem jungen erwachenden Deutschland entgegenstellen. Zeüher, als sie denken und glauben, wird über sie das Gericht des Volkes her einbrechen.

Eine Unterredung mit dem Führer

„Dahlg Express“ veröffentlicht eine ausführliche Unterredung seines Berliner Korrespondenten mit Adolf Hitler, bezugslos Hitler erklärte, er sei ganz sicher, beim zweiten Wahlgang seine Stimmenzahl zu vermehren. Er habe allein schon am 13. März so viel Stimmen gewonnen, wie die Zentrumspartei seit 40 Jahren unverändert erziele.

Pazifisten erreichen Verlagerung

Berlin, 22. März. Der Prozeß des Geschäftsführers Rüstler von der „Deutschen Friedensgesellschaft“ gegen die verantwortlichen Schriftleiter des „Tag“, der „Deutschen Handelszeitung“, der „Siegener Zeitung“ und der „Neuen Zeit“, der am Montag vor dem 10. kleinen Strafhammer beim Landgericht I stattfand, sollte, weil in den vier genannten Zeitungen behauptet worden war, daß die Deutsche Friedensgesellschaft ausländische Beschäftigungsgelder erhalten habe, ist vertagt worden.

Scheidung der Geister

München, 22. März. Von den Vereinigten Vaterlandsparteien in Bayern wird mitgeteilt: Die Rundgebung der Vereinigten Vaterlandsparteien Deutschlands zur Reichspräsidentenwahl, die eine gewisse einseitige Stellungnahme zum zweiten Wahlgang anlässlich der Reichspräsidentenwahl einnimmt, stellt für die Vereinigten Vaterlandsparteien Bayerns keine Bindung dar. Die Vaterlandspartei wird in Bayern auch weiterhin dem Programm der Vereinigten Vaterlandsparteien Deutschlands angeschlossen. Die Vereinigten Vaterlandsparteien Deutschlands erklären zu dieser Verurteilung, daß die Vereinigten Vaterlandsparteien Deutschlands unter Aufrechterhaltung des demokratischen Grundgesetzes — nicht unmittelbar den Vereinigten Vaterlandsparteien Deutschlands angeschlossen sind, wohl aber durch ihren Vorstehenden als Parteimitglied der Vereinigten Vaterlandsparteien Deutschlands auch jetzt noch mit ihm verbunden sind.

Klaus Heim kandidiert nicht

Hofsee, 23. März. Zu der Nachricht, Klaus Heim solle als Kandidat für den zweiten Wahl-

100 sudetendeutsche Führer eingekerkert

Prag, 21. März. Im Zuge der Verfolgung des Nationalsozialistischen Studentenbundes und des Nationalsozialistischen „Volksports“ sind bereits mehr als 100 Verhaftungen vorgenommen worden, so daß nahezu alle Ortsgruppenführer dieser Verbände in der Strafhaft in Prag verhaftet eingekerkert sind. Die Verhaftungen gehen immer weiter. Die tschechische Justiz arbeitet darauf hin, einen Monstreprozeß vorzubereiten. Die Nachrichten, daß auch die nationalsozialistischen Abgeordneten

Jung, Krebs und Antisch verhaftet werden sollen, sind als gegenwärtig „noch nicht aktuell“ vom Justizminister demitiert worden. Dennoch besteht die Absicht, auch ihnen den Hochverratsprozeß zu machen. Unter den Verhafteten sind mehr als die Hälfte Studenten der tschechischen Technik und der tschechischen Universität in Prag, zahlreiche Assistenten, Sekretäre und Angestellte, aber auch viele Arbeiter, die dem nationalsozialistischen Verband „Volksport“ angehörten.

Der Memelländische Landtag aufgelöst

Memel, 22. März. Nachdem im Memelländischen Landtag ein Mißtrauensantrag gegen das Landesdirektorium Simaitis mit 22 gegen 5 Stimmen der Minderheit angenommen worden war, löste Landespräsident Simaitis auf Grund des Artikels 12 des Memelstatuts den Landtag auf.

Geißiger Bingen, hilft!

Baderborn, 21. März. Im schwarzen Systemorgan „Deutsches Volksblatt“ vom 12. März findet sich folgendes Notiz:

„Welcher Geist bringt die meisten Stimmen für Hindenburg auf? Ein Baderborner Bürger hat den Vorschlag gemacht, dem Geist, der proportional die meisten Stimmen für Hindenburg aufbringt, eine Geldzuwendung als Prämie für die Bezirks-Bingenkonferenz zuzumachen. Es kommen drei Prämien in Betracht, die von Bürgern gestiftet sind.“

Ist das nun bloß widerlicher Mißbrauch der Karitas zur Systemrettung oder ist es der Karitas zur Systemrettung oder ist es offener Stimmenkauf?

Trotz aller Drangsalierung

Berlin, 21. März. Bei den Gemeindevahlen, die am Sonntag in der Reichshauptstadt (Deutschland) stattfanden, konnten die sudetendeutschen Nationalsozialisten einen glänzenden Erfolg erzielen. In Leipzig-Stadt ergaben die NSDAP fünf Mandate gegenüber früher einem, in Landstrot acht gegenüber früher fünf. In Dinnah erhielt die NSDAP von 31 850 abgegebenen Stimmen allein 7974.

Eröffnung der Voruntersuchung gegen Polizeileutnant Lange

Berlin, 22. März. Der Oberreichsanwalt hat jetzt beantragt, die Voruntersuchung gegen den Polizeileutnant Carl Lange und gegen den Polizeiberwahrmeister Hans Schulz-Briefen wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu eröffnen. Der Untersuchungsrichter wird diesem Antrag entsprechen.

Gilde gibt Goldhandbar auf

Waldarais, 21. März. Die Regierung von Chile hat die Aufgabe des Goldhandbars beschlossen mit der Begründung, der Peio müßte seinen eigenen Wert finden. Dies dürfte wahrscheinlich bei 50 v. H. des Gegenwertes der Fall sein.

Der Beschluß der Regierung erlangt nach Billigung durch den Kongreß Gesetzeskraft.

Von heute auf morgen

20. Fortsetzung Ein Roman aus unserer Bewegung

Otto war ganz dicht an den Russen herangekommen. Er schaute ihn wütend an. Am liebsten hätte er ihn bei der Kehle genommen. Die Spannung der letzten Stunde suchte gewaltig nach einer Entladung.

„Neben Sie!“, fuhr er den Offizier an, als dieser, ohne den Blick von den Wunden abzuwenden, mit der Antwort jögerte.

Eine Weile maßten sich die beiden Gegner, gespannt, wie zwei Rangkrieger zum Angriff bereit, auf Aushieres gefaßt.

„Antwort will ich!“, brüllte Otto noch einmal, daß die Wände hallten. Sein Gesicht war ganz nahe an dem des Russen, der zu Stein erstarrt schien.

Langsam trat er einen Schritt zurück. Die rechte Hand fuhr in die Rocktasche. Ein leises wohlbelkanntes Knarren war zu hören.

„Es ist genug!“, sagte er mit verhaltener Stimme. „Sie sind hier Gast. Es steht dem Gast nicht zu, über die Gehege des Hauses zu bestimmen und den Gastgeber zu beschimpfen. Ich wiederhole Ihnen, daß Sie sich in Sicherheit befinden, solange Sie nicht den Versuch machen, mich zu zwingen, Sie wie einen Rebellen zu behandeln!“

Otto biß die Zähne zusammen. „Ich nehme diese Drohung zur Kenntnis. Ich habe nicht den Ehrgeiz, mich von einem Volksschwein eine Kugel in den Schädel jagen zu lassen. Ich werde mich notgedrungen Ihren Anordnungen fügen.“

„Der Volksschwein, der Ihnen gegenübersteht, ist folz darauf, von Ihnen mit diesem Titel beschimpft zu werden.“

Otto lehnte dem Russen den Rücken und ging mit großen Schritten auf und ab. Er blieb vor einem der Bücherregale stehen und studierte die Buchtitel. Aber es war ihm nicht möglich, die Buchstaben zu Wortern zusammenzufügen. Zuerst tangten ihm vor den Augen.

„Gladlich ist, wer vergißt... jammte es ihm durch die Seele.

„Herrgott, ja! Wozu regte er sich auf! Er langte in die Tasche. Verflucht! Sein Zigarettenetui steckte im Mantel.“

„Bitte, bedienen Sie sich!“, hörte er den Russen sagen.

„Danke, nein, ich rauche nicht!“

„Rauchen benutzen. Ich werde veranlassen, daß ihr Mantel geholt wird, der offenbar Ihren Rauchvorrat enthält.“

„Bemühen Sie sich nicht! Aber tun Sie sich selber keinen Zwang an!“

„Ich danke Ihnen!“

Dann entnahm er einem Gubenfolienkasten auf dem Rauchtisch eine Zigarette und brannte sie an.

„Es sind deutsche Zigaretten. Leider!“, sagte er im Plauderton.

Otto starrte unverwandt auf die Bücherregale. „Was man an russischen Zigaretten in Deutschland kauft, ist nicht echt. So nimmt man, was man bekommt.“

Otto tat, als höre er nicht. Aber der Zigarettenrauch kitzelte ihm verlockend in die Nase.

„Ich danke“, fuhr der Russe fort, „wenn in Deutschland wieder bessere Verhältnisse sind, wird man auch wieder bessere Zigaretten rauchen.“

„Dahen Sie sich schon über die Verbesserung der Verhältnisse in Deutschland Gedanken gemacht?“, fragte Otto, ohne von den Bücherregalen aufzusehen.

„Ja, mein Herr! Ich wünsche dem Land, in dem ich Gefangener bin, daß es in nicht ferne Zeit aus Elend und Dummheit aufsteht und die Segnungen einer besseren Zeit genießen kann.“

„vorher ein Bad zu nehmen.“

„Selbstverständlich verfügen Sie über jede Bequemlichkeit, die in unserer beschränkten Macht liegt.“

Er drückte auf einen Knopf in der Wand. Eine Tür öffnete sich lautlos. In einem halbdunklen Raum wurde die Gestalt eines Russen sichtbar, der auf einem Stuhl in der Nähe der Tür saß und sich leicht erhob. Auf ein Zeichen des Offiziers machte er leise und verschwand im Hintergrund des Zimmers.

Der Offizier knippte das Licht an.

Es war ein knapp und stiftvoll hergerichteter Raum mit eingebauten Schränken und einer Bettstätte, die von einem blauweißen Vorhang verhängt war.

„Hier werden Sie ungestört schlafen“, sagte der Russe. „Der Mann, den Sie eben gesehen haben, wird Sorge tragen, daß niemand Sie stört.“

Er öffnete eine zweite Tür.

„Hier ist der Waderaum.“

Otto sah sich um. Er hatte das Gefühl, daß es sich hier ausfallen ließe.

„Ich danke Ihnen“, sagte er. „Ich bin angenehm überrascht, als Gefangener soviel Bequemlichkeit zu haben.“

Der Russe lächelte.

„Wir haben keinen Grund, es Ihnen unbehagen zu machen.“

Dann fragte er, ob er dem Gast noch einen Wunsch erfüllen dürfe.

„Ja“, sagte Otto, „meine Zigaretten, wenn ich die haben könnte...“

„Benötigen fünf Minuten stand Otto auf dem gleichen Fleck, wo ihn der Russe verlassen hatte. Soviel er sich auch mühte: Er fand des Rätsels Lösung nicht.“

Einmal glaubte er Sornas Stimme zu hören. Eine tiefe Männerstimme antwortete ihm.

Dann wieder war ein eiliges Gehen auf dem Flur. Tritten wurden zugenommen. Er wurde das Gefühl nicht los, daß sich eine Lieberaschung vorbereitete.

Er ging an die Tür und öffnete vorsichtig. Ein Schatten lag über dem hell erleuchteten Flur. Der Schatten bewegte sich. Jovan fand vor dem Reingierigen, schaute ihn mit breitem Grinsen an, griff nach dem Drücker und zog die Tür zu.

Prompte Bedienung, dachte Otto und ging, um zunächst sein Lager zu inspizieren.

Er fand ein sehr passables, breites Bett, in dem hinreichend Raum für drei gewesen wäre.

Er schlug die Decke zurück, streich mit der Hand über das Kissen und stellte fest, daß es peinlich sauber war. Das benötigte ihm bedeutend.

Wenn ich nun noch wüßte, daß hier keine russischen Waiskinder nach Menschenblut lechzen, dachte er, so würde mein Glück vollkommen sein.

Obwohl er rechtshaffen müde war und sich nach Schlaf sehnte, brachte er es nicht über sich, die Kleider auszuziehen. Er holte einen Stuhl heran, rühte ihn an das Fußende des Bettes, warf sich in das weiche Kissen und legte die Füße auf den Stuhl.

Die Arme unter dem Kopf verstaubt, schaute er gedankenverloren nach der Decke, wo im Lichtkreis der Lampe zwei verpaßte Fliegen träge umherumherliefen.

Im Hause war es still geworden.

Auf dem Flur ging Jovan mit dumpfem Schritt auf und ab.

Ich sollte ihm eine Zigarette geben, dachte Otto, daß er Beschäftigung hat! Aber er lag so gut und schlieflich! was ging ihm Jovan an!

Was ging ihm überhaupt dieser ganze Juvon an! Am Ende träumte er das alles nur, sah, hörte sich träumen und erwachte am Morgen mit wässrem Kopf und rief sich die Augen... (Fortsetzung folgt.)

Liebeswerben um die Polizei

Eine der verhängnisvollsten Maßnahmen des seit dreizehn Jahren in Preußen herrschenden Parteienregimes ist die Polikalisierung der Polizeimacht. Die leitenden Ämter des Polizeiverwaltungsapparates sind durchweg mit Sozialdemokraten oder zweifelhafte Parteigänger befüllt. So Landrat, Polizeipräsident, Oberpräsident oder Polizeiminister, bis auf wenige Ausnahmen finden man heute in den einflussreichsten Ämtern treue Anhänger der Parteiführer, deren Verdienste um die Partei oder Revolution auf diese Art vergütet wurden. Darin liegt nicht zuletzt die Hoffnung des Marxismus, die Macht in Preußen selbst gegen den Willen des Volkes zu halten. Es ist darum nicht nur leeres Gerede, wenn die Feinde der Volksherrschaften verurteilen, der Nationalsozialismus werde wieder legal noch illegal zur Macht kommen. Sinter solchen Träumen steht die Hoffnung auf den Polizeikörper, der seit Rasse als Oberpräsident von Hannover herbeiden Ausdruck bei einer Polizeiparade gab.

Nun ist man zwar der Polizeiverwalter und vielleicht auch der heute maßgebenden Kommandeure sicher, nicht aber der Mannschafft. Zwar ist die Preussische Polizei nach Möglichkeit auf die herrschende Regierung eingeschworen worden, immerhin aber ist es zweifelhaft, ob die Mannschaffen gegen unvorhergesehene Fälle zu gebrauchen wären. Es ist vielmehr als selbstverständlich anzunehmen, daß die Polizei als Hüterin der Ruhe und Ordnung und Aufsichtsführer für die Allgemeinheit den Befehlen der vom Volke neu gewählten Regierung Folge leisten wird. Recht eigenartig muß nun das Verhalten der SPD. und ihrer Exponenten werden, die mit allen Mitteln um die Gunst der Polizei buhlen. Man spart weder mit anerkennenden Lobesworten noch möglichen Sonderzulagen. Ja, als die Polizeibeamten über das Geschenk der Notverordnung ebenso wenig erbaut waren wie die übrigen Volksgenossen, versprach der Polizeiminister Seevering, er wolle für eine Milderung der Kürzungen Sorge tragen. Noch niemals ist wohl so viel über die Überfälligkeit und unermüdliche Pflichterfüllung geschrieben worden, als gerade jetzt, kurz vor den Preußenwahlen in der Presse der schwarz-roten Koalitionsparteien. Ist das nicht verdächtig? Der marxistische Berliner Polizeipräsident Erzgrünkt widmet sogar einen ganzen Leitartikel dem Zentralorgan seiner Partei für die Anerkennung der Polizei, die „genau die Arbeit geleistet habe, um die verfassungsmäßige Freiheit der Staatsbürger zu sichern“. Dieser neu vollführte Liebeswerben um die Polizei erscheint uns denn doch recht sonderbar. Es wäre vielleicht zweckmäßiger, wenn die Verantwortlichen nicht durch derartige Maßnahmen zu Vermutungen Anlaß gäben, die im Interesse des demokratischen Charakters der Preußenregierung besser unterbleiben.

Das Spiel der „politischen Kinder“

Kommunistische Bürgerkriegsbauz unter dem „Bürgerfrieden“.

Vor ungefähr drei Wochen ging durch die marxistische Journaille aller Schattierungen von der „Roten Fahne“ bis zur „Berliner Morgenpost“ eine großangelegte Hege gegen den „Deutschen Volksport-Verein“, der sich durchaus nicht mit Parteipolitik befäßigt, sondern, wie eben der Name sagt, deutschen Volkssport treibt. Wer die Wanderungen und Übungen dieses Vereins zu beobachten Gelegenheit hatte, wird annehmen müssen, daß der Geist des deutschen Wehrsportes von Reich wegen mehr als flächendeckende Förderung verdient, als die Sensationsleistungen einzelner Sportformen. Doch der heutige Staat muß mit dem Wehrgeist der Jugend nichts anfangen, und so wurden dank der Pressehege, die sogar entsprechende Eigenmeldungen an französische Zeitungen durchgab, die Wanderungen und sportlichen Übungen des „Deutschen Volksport-Vereins“ verboten.

Was sagt jedoch das um die bürgerliche Ruhe so bejorgte Preussische Innenministerium zu folgendem Bericht des „Großdeutschen Pressendienstes“: „Am Sonntag, dem 21. März, also unter dem „politischen Bürgerfrieden“, hatten Strausberger Bürger und Siedler Gelegenheit, Geländebewegungen der Strausberger SPD zu beobachten, die in Stärke von über 150 Mann auf dem Gelände jenseits des Straussee aufmarschiert war, um hier den ganzen Tag über, ohne daß die örtliche Polizei davon Notiz nahm, die Gegend unsicher zu machen. Das netzliche Spiel bewegte sich in folgendem Rahmen: Ein kleiner Trupp mußte abgezogen werden, der Wegs kommende Nationalsozialisten darstellen, die das Dorf Wehl-Lieb klangen. Die Wehrzahl lag im Hinterhalt und fiel auf Kommando über die marierte SA her, um sie zu Boden zu schlagen. Die „feigliche“ SA blieb liegen, während der feigliche Haupttrupp kommunistische Schießübungen abgab, weiter. — Ist das etwa keine Vorbereitung zum Bürgerkrieg? Deutlicher können die Anhänger der SPD. wirklich nicht mehr zum Vord an den eigenen Volksgenossen aufgeföhrt und darauf gedrückt werden! Ob sich wohl der Preussische Innenminister mit der Angelegenheit befäßigen wird?

Geschenk der Sklarek an SPD.-Brolat

6 Hemden = 819,50 RM.

Die Lebensweise sozialdemokratischer „Arbeiter“-Führer

Berlin, 21. März. Im Sklarek-Projekt wurde das führende sozialdemokratische Parteimitglied Brolat verurteilt. Brolat wurde bekanntlich nach der Revolution von 1918 Direktor der Berliner Verleger-Gesellschaft und besaß heute — trotz aller Notverordnungen — ein Gehalt von 70.000 RM. Als kürzlich im Sklarek-Projekt sein Name genannt wurde, veröffentlichte die sozialdemokratische Presse eine „Ehrenklärung“ für ihn. Sie hätte es nicht tun sollen. Die heutige Verhandlung entfaltete nämlich wieder ein Bild neudeutscher Bonapartie, das widerwärtiger nicht sein kann. Es ist notwendig, die Lebensweise dieser sozialdemokratischen „Arbeiter“-Führer zu brandmarken. Diese gerichtsnotorischen Fälschungen können die sozialdemokratischen Arbeiter nicht leugnen. Damit müssen sie aber zugleich zugeben, daß diese Führer mit dem Arbeiter nicht mehr fühlen und denken, denn sonst würden sich diese, die über ein jährliches Einkommen von zehntausenden verfügen, nicht so schamlos von einigen Juden belächeln lassen.

Brolat nicht vereidigt

Der Vorsitzende fragt Brolat, warum er nach der Verhaftung der Brüder Sklarek den Polizeipräsidenten Weiß angereufen habe. Brolat sagt, daß er von der Frau des Leo Sklarek angereufen worden sei, die ihn veranlaßt habe, bei dem Polizeipräsidenten einmal nachzufragen, was eigentlich geschehen sei. Er habe es getan, von Weiß aber keine Auskunft erhalten.

Staatsanwaltschaftsrat Dr. Weissenberg hält dann Brolat vor, daß Zeugen bekannt hätten, die Sklareks hätten in der letzten Zeit vor ihrer Verhaftung wiederholt in dem Vergnügungsort „Almhause“ Besuche von 3000 RM. gemacht, an denen auch er, Brolat, teilgenommen habe. So habe Leo Sklarek einmal in Anwesenheit Brolats einer Damentafel von 12 Mitgliedern jeder der Damen Bonbonieren zu 35 RM. und Puppen zu 45 RM. das Geld gestiftet. An diesem Abend seien 40 Flaschen französischer Sekt getrunken und nur Kadaver gegessen worden. Brolat erklärt jedoch, nicht dabei gewesen zu sein. Er bleibt auch dabei, als der Vorsitzende noch bemerkt, daß an einem dieser Abende Leo Sklarek der Kapelle mehrerer einen Satz geben wollte und ihr dafür 10.000 RM. auf den Tisch gelegt habe. Auf einem ähnlichen Abend soll Leo Sklarek u. a. zu Brolat gesagt haben: „Mein lieber Brolat, wir sind doch nur ganz große Strohlöhne.“

Nach längerem Zögern gibt Brolat zu, daß er

eine von Leo Sklarek Hemden geschenkt bekommen habe, nachdem er für dessen Villa ein paar Tannen im Werte von etwa 200 RM. für den Garten geschnitten habe. Aus einem langen Hin und Her ergibt sich schließlich,

daß die Hemden, die geradezu ungeheure Summe von 819,50 RM. gekostet haben.

Sobann weist der Vorsitzende Brolat nach, daß er in dem Jahre, in dem Brolat den Einkauf bei der SPD. zu regeln hatte,

die Sklareks sofort mit Lieferungen außerordentlich stark bevorzugt wurden.

Brolat erklärt noch, daß es nicht ganz zutreffend, daß er bei seinem Eintritt in den Vorstand der SPD. sich den Einkauf vorbehalten habe.

Als Brolat befreit, jenseits mit den Sklareks in weiblicher Gesellschaft zusammengekommen zu sein, teilt plötzlich Leo Sklarek mit, es sei richtig, daß die beschriebenen abendlichen Besuche von 3000 RM. gemacht hätten. Einmal sei es der Fall gewesen, daß bei ihnen ein Oberbürgermeister aus dem Rheinland gewesen sei, der gleich vier Mädchen auf einmal auf dem Schoß gehabt hätte.

Sobann wird Brolat noch einmal Brandes gegenübergestellt. Brandes bleibt aber bei seiner bisherigen Darstellung.

Daß Brolat gesagt habe, die Sklareks hätten für das Reichsbanner und politische Parteien.

Nach Beendigung der Vernehmung beantragte der Staatsanwaltschaft, den Zeugen Brolat wegen des Verdachts der Begünstigung nicht zu vereidigen.

Er streifte die Frage, ob sich Brolat nicht vielleicht auch der passiven Bestechung schuldig gemacht habe. Die Staatsanwaltschaft habe den Eindruck, daß Hoffmann im Punkt Brolat die Wahrheit gesagt habe. Auch Brandes habe den allerbesten Eindruck hinterlassen. Der telefonische Anruf beim Polizeipräsidenten Weiß gebe zu Bedenken Anlaß. Brolat müsse umfassen Vorstellung von dem Schreiben der Sklareks gehabt haben.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung beschloß das Gericht, den SPD.-Direktor Brolat unverurteilt zu lassen, da er der Begünstigung verdächtig sei. Das Gericht nimmt an, daß Brolat mit strafbaren Handlungen von den im Sklarek-Projekt angeklagten Personen gemeint habe. Die Begünstigung erblickt das Gericht in Brolats Gedächtnis beim Übermittlung Brandes und in der verurteilten Einmündung auf diesen, sowie in der Handhabung der bei den Schneiderräumen Keller und Kuchel offenstehenden Rechnungen.

Amliches Wahlergebnis aus Weser-Ems

Osnabrück, 22. März. Der Kreis-Wahlleiter des 14. Wahlkreises teilt mit: Der Kreiswahlausschuss hat in seiner gestrigen Sitzung das endgültige Ergebnis des ersten Wahlganges der Reichspräsidentenwahl vom 13. 3. 1932 im Wahlkreis Weser-Ems wie folgt festgestellt:

Gesamtzahl der Stimmberechtigten 1.021.120
Zahl der abgegebenen Stimmzettel 16.467
Ungültige Stimmzettel 5.004
Zahl der gültigen Stimmzettel 885.687
Verteilung der gültigen Stimmen auf die einzelnen Anwärter:

Duestenberg	81.190
von Hindenburg	463.070
Hiltner	269.016
Thälmann	69.844
Winter	2.364
Zerpfliffert	173

Die Abweichung von dem vorläufig gezählten Ergebnis erklärt sich daraus, daß durch ein am Wahltag nicht bemerkes Versehen das Wahlergebnis einer selbständigen, jedoch freisangehörigen Stadt doppelt gezählt ist.

Soldaten sind mordwillig

Das selbstverständliche Vorgehen des Reichsministers gegen die pazifistischen Wehrkreise, der hat der Popularität des General Groener bei den distrikt marxistischen Koalitionsgenossen Brünings ebenso Abbruch getan wie der umhüllte Erlaß für die Einstellung nationalsozialistischer Reichswehrmänner. So wird dem Minister schwer verhält, daß er gegen den Salonliteraten und Landesverräter Offizier Straßmann stellte. Das Sudelblatt dieses „Schiffstellers“ hatte die Behauptung aufgestellt: „Soldaten sind Mörder!“ Für den in Kürze zu erwartenden Prozeß ist die ganze Altpresse alarmiert für den pazifistischen „Mörder“. Hello von Gerlach, dessen zweifelhafte Rolle im Osten nicht vergessen werden darf, hat bereits eine Verteilungsschrift für seinen landesverräterischen Komplizen verzapft. Darin heißt es: „Eine juristische Intoleranz ist es also zu sagen: Soldaten sind Mörder. Juristisch torrell muß man sagen: Soldaten sind mordwillig und mordbereite Menschen. Ein Soldat der nicht mordwillig und mordbereit wäre, wäre ein Widerspruch in sich. Wer ohne Mordbereitschaft den Fahnenweid leistet, begeht einen Mord.“

Mit taumelnder Schwindigkeit wird also behauptet, man habe sich nur im Ausdruck vergiffen, im Wesentlichen aber sei die Verteilung „Soldaten sind Mörder“ zutreffend. So etwas darf öffentlich in einer Zeitung verbreitet werden. Wir erwarten nicht, daß nun etwa gegen Gerlach eingeschritten werde. Das ist der Herr nicht wert; denn mit seiner Geistesverfassung kann man nicht mehr rechnen. Wir verlangen jedoch, daß die Verbreitung dieser Sudelchriften verhindert wird. Das, zum mindesten, wäre ein alter, preussischer General der deutschen Reichswehr schuldig.

Die Pazifistenliga

Eine der übelsten Pflanzen, die im Sumpfe internationaler Lateralen wächst, ist die sogenannte „Liga für Menschenrechte“, der Hort des Untertanentums, der Landesverräter und Verbrecher. Diese erlesene Gesellschaft hielt jetzt eine Jahresversammlung ab, in dem eine Protestkundgebung gegen den Nationalsozialismus und seine Wehrorgane und gegen jede Minderung der deutschen Ehrengrenzen angenommen wurde. Beides will man dem Reichsinnen- und Wehrminister Groener überreichen, der dieser Stippstift hoffentlich die Türe weisen wird. Verleumdungskampagne gegen die NSDAP. und intellektueller Landesverrat durch Eintreten für Polen, das liegt auf einer Ebene!

Den neuen Vorstand dieser geistigen Prostitutionsgesellschaft muß man sich genau ansehen. Die „bekannten“ Persönlichkeiten“ wie: Dr. Gohn, Hello v. Gerlach, Professor Gumbel, Oberstudienrat Ramelow (der ehemalige Kaisergeburtsstabsarzt), Oben, Lehmann-Rupf, Koller u. a. Genossen und Genossinnen besagen genug über den vergifteten Ungeist dieser Liga gegen die deutschen Rechte!

Von Thälmann zu Hindenburg

Die Raubgier der Deutschen Staatspartei, die Radikaldemokraten, geben jetzt ihren geschlossenen Eintritt in die „Ährne Front“ bekannt und fordern gleichzeitig ihre Mitglieder (?) zur Wahl Hindenburg auf. Die sogenannte Radikaldemokratische Partei rekrutiert sich ausschließlich aus intellektuellen Pazifisten und literarischen Landesverrättern vom Schlage der Weltbühne und Tagebuchschreiber. Im ersten Wahlgang hatte man die Parole für Thälmann ausgegeben; nun sind auch diese Herrschaften bei Hindenburg ange-

Teddy Thälmann ist auch wieder da

Berlin, 21. März. Das Zentralkomitee der SPD. veröffentlicht einen Aufruf für die Präsidentenwahl, in dem bekannt wird, daß die Kommunistische Partei Thälmann unter der revolutionären Losung „Klasse gegen Klasse“ zum zweiten Wahlgang erneut aufstellt. „Diese Kampfbildung hat den Zweck, das arbeitende Volk der sozialdemokratischen Betrugspraktik des „kleineren Übels“ mit größter Schärfe entgegenzustellen und die breitesten Massen im Geiste des Volkswillens zu beeinflussen“. Dieser letzte edle Wunsch wird wohl kaum in Erfüllung gehen. Der deutsche Arbeiter hat, wie der Stimmenhaushalt der SPD. bei der letzten Präsidentenwahl deutlich zeigt, erkannt, daß er von den Moskauabkömmlingen nichts zu erwarten hat. Die kommunistische Ideenwelt ist nicht stark genug, um die sozialdemokratische Entscheidung überwinden zu können. Für den deutschen Arbeiter, der Schluß mit dem System machen will, der Arbeit für sich und Brot für seine Kinder fordert, gibt es nur eine Wahl, die Adolf Hitler. Darum Weg mit dem Zählkandidaten Ernst Thälmann.

Dr. Bruner zur Altschulischen Volkspartei übergetreten

Eger, 21. März. In Eger fand am Sonntag der Parteitag der Altschulischen Volkspartei in der Habsburgslokalität statt. Auf der Tagung wurde ein Schreiben des gewesenen Vorsitzenden, des Senators der Deutschen Nationalpartei, Dr. Seim. Bruner, verlesen, worin er seinen Eintritt in die Altschulische Volkspartei bekanntgab. Dr. Bruner begründet diesen Schritt damit, daß die Altschulische Volkspartei unter den heutigen Verhältnissen zwangsläufig zu der Aufgabe berufen sei, die äußerste Forderung der Betonung der nationalen Forderungen zu beziehen. Dieser Forderung müsse aber unter den Sudetenländern gerade jetzt so stark wie möglich gemacht werden.

Einbruch in die Zentrumshausburg des Münsterlandes

In einer der schwarzesten Gegenden unferes Vaterlandes, in Münster, liegt die Stimmzahl für Hitler am 13. März 1932 auf 14.402 gegen 5704 bei der letzten Reichstagswahl. Das ist ein prozentualer Zuwachs von 153 v. H. Im Münsterlande ist der Aufstieg noch beachtlicher. Hier haben wir in der gleichen Zeit über 200 Prozent zugenommen.

Eine preussische Stadt macht Pleite

Breslau, 21. März. Als erste preussische Stadt ist die etwa 1300 Einwohner zählende Stadt Rößen an der Oder in Konkurs geraten. Die Schulden sollen insgesamt 600.000 Reichsmark betragen. Die Stadt konnte noch im Jahre 1928 ihr 700jähriges Bestehen feiern.

Verhandlungen in Schanghai

Schanghai, 21. März. Die aus der chinesisch-japanischen Vermittlungsverhandlung im englischen Konsulat getroffenen Vereinbarungen sind der chinesischen bzw. japanischen Regierung zur Zustimmung vorgelegt worden. Der Wortlaut des Abkommens ist noch nicht veröffentlicht. Es verlautet jedoch, daß eine Regelung folgender Punkte getroffen worden ist:

1. Die Feindseligkeiten werden endgültig eingestellt.
2. Die japanischen Truppen werden nach der internationalen Niederlegung und den angrenzenden Staaten zurückgezogen.
3. Die Chinesen verbleiben in ihren jetzigen Stellungen und verpflichten sich, keinerlei weiteren Vorstoß zu unternehmen.
4. Die Verwallung der neutralen Zone wird von den chinesischen Behörden übernommen. Über den Zeitpunkt der japanischen Truppenrückziehung ist noch keine Einigung getroffen worden. Auch die Begrenzung der Vollmachten des neutralen Überwachungs-ausschusses ist noch nicht festgelegt worden, da die Chinesen darauf bestehen, daß dieser nur die Zurückziehung der japanischen Truppen jedoch nicht die Übernahme der neutralen Zone durch die chinesischen Behörden überwachen soll. Weitere Verhandlungen über die noch strittigen Punkte werden im Laufe dieser Woche stattfinden.

Der Mandchurien-Ausflug hat bisher nicht an den Verhandlungen teilgenommen, hat sich jedoch für weitere Besprechungen zur Verfügung gestellt. Die Parteien sind sich einig darüber, daß die geplante internationale Konferenz sofort nach der vollzogenen Erfüllung der obigen Bedingungen stattfinden soll.

Der chinesische Innenminister, General Fung, hat der Kanting-Regierung am Sonnabend sein Mandat zurückgegeben. Das Gehalt wurde genehmigt. Der Grund des Rücktritts liegt in schweren Meinungsverschiedenheiten mit Tchang Kai-shek.

Amtl. Bekanntmachungen

Ostermarkt.

Gewerbetreibende, die während des Ostermarktes vom 27. März bis 3. April 1932 auf dem Hofplatz ihr Gewerbe ausüben wollen, haben am 26. März 1932 von 9 bis 13 Uhr im Polizeihaus, Zimmer 142, ihren Zulassungsschein zur Genehmigung vorzulegen.

Der Gewerbetreibende hat den Zulassungsschein auf dem Festplatz stets bei sich zu führen und auf Verlangen den Polizeibeamten vorzulegen. Verstöße gegen diese Vorschriften werden mit Geldstrafe bis zu 30 RM. oder Haft bis zu 8 Tagen bestraft.

Zusammenkünfte werden, sofern die allgemeine Strafgesetze nicht höhere Strafen androhen, mit Geldstrafe bis zu 30 RM. oder Haft bis zu 8 Tagen bestraft.

Verordnung.

Während des vom 27. März bis 3. April 1932 auf dem Hofplatz stattfindenden Volksfestes gelten folgende Ordnungs- und Sicherheitsvorschriften:

1. Der gesamte Aufbau, mit dem am 22. März 1932 begonnen werden darf, hat nach Maßgabe des befohlen festgelegten Planes und unter Beachtung der festgelegten Bestimmungen zu erfolgen. Am 7. April 1932 muß alles Material beseitigt sein.

2. Die Straße vor dem Hauptbahnhof zwischen Bismarckstraße und Hauptbahnhof gilt als Feuerstraße und darf durch feuergefährliche Gegenstände, Wagen usw. verengt werden. Das Gleiche gilt für die benachbarten Gassen und Plätze. Keine Wagen und Karren, die auf der Straße untergebracht werden müssen, sind nach Anweisung der Leiter der Polizeibehörden 7 und 8 aufzustellen.

3. Die Schließung ist auf 23 Uhr festgelegt. Das Licht in allen Gebäuden muß um 23.15 Uhr gelöscht sein. An Sonn- und Festtagen darf der Verkauf der Waren und der Betrieb der sonstigen Geschäfte erst um 14 Uhr beginnen. Am 25. März 1932 (Karfreitag) hat jede Arbeit auf dem Festplatz zu ruhen.

4. Glühende Kohlen, Schladen und ähnliche Stoffe, welche aus den Festständen entnommen werden, sind sofort mit Wasser zu überdecken. In dem Bereich ist stets eine angemessene Menge Wasser in geeigneten Gefäßen bereitzustellen. Schladen und Asche müssen jeden Tag abgefahren werden.

5. Das Befahren der Beleuchtungsarme mit irgendwelchen Gegenständen ist verboten, auch ist das Anheben leicht brennbarer Stoffe in unmittelbarer Nähe offener Lichter untersagt. In jeder Verkaufsstände ist ein größerer Eimer mit Wasser, in jeder Schaulinde auf je 5 Meter Frontlänge ein Eimer Wasser zu bereithalten.

6. Verboten ist das Festsetzen anfähiger, feuergefährlicher und solcher Gegenstände, mit denen das Publikum belästigt oder gefährdet werden kann. Hierunter fallen: Schlagfächer, Feuerwerke, Staubbeutel und ähnliche Sachen, Konfetti und Luftballons, Munitionsmunition, benutzte Rüstungen, Feuerwerkskörper und solche Artikel, die sich durch Schmutz, Geruch, Rauch, Gas, Blasen oder Licht in verschönten Laternen benutz werden.

7. Den Anordnungen der Polizeibeamten zur Aufrechterhaltung der Ruhe,

Ordnung und Sicherheit und den im feuerpolizeilichen Interesse ergehenden Anordnungen der Feuerwehr ist unbedingt Folge zu leisten. In der Ausübung ihres Dienstes ist den Polizeibeamten und den Beamten der Feuerwehr und des Gewerbeaufsichtsamtes das Betreten der Stände jederzeit zu gestatten. Nichtbefolgung oder Verletzung der oben beschriebenen Vorschriften, sofern die allgemeine Strafgesetze nicht höhere Strafen androhen, gemäß § 149, 6 der Reichsgewerbeordnung mit Geldstrafe bis zu 30 RM. oder Haft bis zu 8 Tagen bestraft.

22. 3. 1932. Polizeidirektion.

Gerichtl. Bekanntmachungen

In Sachen betreffend den Konkurs über das Vermögen der Firma M. Wiemann Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Bremen ist die Übernahme der Schuldverteilung genehmigt und Termin zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, zur Beschlusseffassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke und zur Festlegung von Honorar und Auslagen des Verwalters auf den 5. April 1932, normiert 9.15 Uhr,

im Gerichtshaus, Zimmer Nr. 84, angesetzt.

Die unterm 17. März 1932 aufgetragene Bekanntmachung Wiemann wird zurückgenommen.

Geschäftsstelle des Amtsgerichts, 21. 3. 1932.

Stadttheater

Heute

Mittwoch, 20. März, 14.6. Ab.-B.

3. Mittlere Vorstellung im Goethe-Philharmonischen

„Fanny“

in der ursprünglichen Fassung.

Donnerstag, 19.30. März, 14.7. Ab.-B.

3. Mittlere Vorstellung im Goethe-Philharmonischen

Gastspiel Heinrich George vom Staatstheater in Berlin

Götz von Berlichingen

Götz . . . Heinrich George

Freitag, 20. März, 14.8. Ab.-B.

3. Mittlere Vorstellung im Goethe-Philharmonischen

„Die Zaubervorteile“

Sonntag, 18. März, 14.9. Ab.-B.

3. Mittlere Vorstellung im Goethe-Philharmonischen

„Im weißen Rößl“

Montag, 15. März, 15.0. Nachm.-Vorst.

„Im weißen Rößl“

20. März, 15.0. Nachm.-Vorstellung

„Die schöne Helena“

Dienstag, 20. März, 15.0. Nachm.-Vorst.

„Die schöne Helena“

„Die schöne Helena“

„Die schöne Helena“

„Die schöne Helena“

„Die schöne Helena“

„Die schöne Helena“

„Die schöne Helena“

„Die schöne Helena“

„Die schöne Helena“

„Die schöne Helena“

„Die schöne Helena“

„Die schöne Helena“

„Die schöne Helena“

„Die schöne Helena“

„Die schöne Helena“

„Die schöne Helena“

„Die schöne Helena“

„Die schöne Helena“

„Die schöne Helena“

„Die schöne Helena“

„Die schöne Helena“

„Die schöne Helena“

„Die schöne Helena“

„Die schöne Helena“

„Die schöne Helena“

„Die schöne Helena“

Zu verkaufen

Gebr. Sportwagen mit Verdeck billig zu verkaufen. Angebote u. Z. 335 B.V.

Verschiedenes

Verloren In d. gestr. Mgl. Vers. im Casino ein grauer handgestrickter Schal. Abzugeben bei Pg. Schröder, Krefeldstraße 6 od. B.N.Z.

Stellengesuche

SA-Mann, in Stellung, s. Beschäftigung in Kolonialwaren und Feinkost Ang. u. B. 337 B.V.

Insertiert In der B N Z

Farben Lacke

Pinself

sämtl. Wasch- und Putzmitteln beim

Fachmann

Farbenhandlung

Franz Korthoff

Bachstraße 139

▲▲▲▲▲▲▲▲▲▲

Betten

gutu, preiswert

Kirchhoff

Ostertorstr. 72

▲▲▲▲▲▲▲▲▲▲

Familien-Anzeigen

Geburten: 1 T. Hermann Lüthke und Frau Erika. Verstorbene: Tolena Garrelts geb. Wagelaar, 72 J. — Carl Meyer, 80 J. — Joh. Heinr. Schmies, 76 J. — Lina Wissel geb. Tappe, 42 J. — Hermann Bruns, 11 J. — Sophie Helmsoth geb. Kirchmeyer. — Max Jensch, 69 J. — Helene Hofmann geb. Stoeber, 76 J. — B. Buhle Wwe. geb. Giese, 73 J. — Minna Schlotzhauer geb. Künemund, 59 J. — Walter Heiliger, 34 J. — Fritz Bertram, 49 J. Fritz Häfen, 33 J. — Heinz Wallbaum 29 J. — Gerhard Schmidt,

Nach dem auf Grund der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 unter den deutschen Geldinstituten vereinbarten Zinsabkommen betragen ab 12. März d. J. die Zinssätze bei Beträgen unter RM 15 000.—: für Spareinlagen m. 1-monat. Kündigung 4 1/2 % p.a. für Spareinlagen mit 2-monat. Kündigung 5 % p.a. Die Sparkasse wird mit Wirkung ab 12. April 1932 diejenigen Spareinlagen, die bislang mit einmonatiger Kündigungsfrist belegt waren, als mit zweimonatiger Kündigungsfrist belegt ansehen und darauf weiterhin wie bisher 5 % an Zinsen vergüten, wenn nicht der Inhaber des Sparbuchs ihr schriftlich oder mündlich erklärt, daß er Beibehaltung der einmonatigen Kündigungsfrist wünscht.

Die Sparkasse in Bremen.

Fabelhaft billige, elegante Damenschuhe



6.90 8.90 10.90 für ganz starke Felle mit Einlage ab 8.90

Elvert's Schuhhaus

Hutliffstraße 28, neben der Nordseehalle

Bekanntmachung !

Mit Hinsicht auf die bevorstehenden Feiertage bleiben unsere Büros am Sonnabend, den 26. März, soweit es der Betrieb gestattet, geschlossen. Das Lloydreisebüro, Bahnhofstr. 35 bleibt am Karfreitag und 1. Ostertag ebenfalls geschlossen. Dagegen ist das Lloydreisebüro am Sonnabend, den 26. 3. von 8.30—12.30 Uhr und am 2. Ostertag von 12—13 Uhr geöffnet.

Bremen, den 23. März 1932.

Norddeutscher Lloyd.

Ihr Schneider

billig und gut

Pg. R. Steinke,

Goethestr. 28 (ab Friesenstraße)

Maßschneiderei. Tel. H. 42029

Denkt an unsere SA-Küche.

Gute Früchte kaufen Sie am besten im ersten Bremer

Früchte-Spezialgeschäft

im Brauerei-Gebäude-Komplex 20 % Rabatt

Siebert Burhenne

D. 274 15 frei Haus

Ostertorstr. 5 (Nahe Siedwall)

Bremer STADTTHEATER

Spielplan der Osterlage

Oster-Sonntag, 27. März 1932,

abends 18 Uhr, 149. Ab.-Vorst.

Parsifal

Bühnenweihfest, von Richard Wagner.

Oster-Montag, 28. März 1932,

nachmittags 15 Uhr, 59. Nachm.-V.

Im weißen Rößl

Operetten-Revue von Ralph Sanath

abends 20 Uhr, 150. Ab.-Vorst.

In der Vereinigung von Prof. Max Reinhardt

Die schöne Helena

Operette in 2 Akten (7 Bildern) von Jacques Offenbach.

Vorverkauf täglich von 10.30 bis

13.30 Uhr vormittags u. 17.30

bis 19.30 Uhr nachmittags an

der Kasse des Stadttheaters.

Alle offizelle nationalsozialistische

Aufführungs- und Kampfschriften,

Werke des Führers.

Neu erschienen:

„Unser Reichswehr“

von Oberstleutnant a. D. v. Bismarck, das Buch

der Reichswehr und Marine mit 100 Abbild.

Deutsche Bücher

Bremen / Bahnhofstraße 1

Haftpflicht- und Kasko-Ver-

sicherung f. Motorräder u. Auto

H. A. GLOVSTEIN

Georgstraße Nr. 6, Fernruf Domsheide 275 71

Kohlen

H. Golttermann

Thielenstraße 2 — Tel. Weser 812 88

Übermorgen!

Freitag, 25. März,

Dom, 7 1/2 Uhr,

Karfreitags-Konzert:

Joh. Seb. Bach:

Matthäus-Passion

Leitung: Musikdir. Richard

Liesche, Solisten: Adelheid

de la Roche, Sopran, Paula

Lindberg, Alt, Jul. Patzak,

Tenor, J. v. Raatz-Brock-

mann, Bariton, Fritz

Schweinsberg, Baß.

Morgen: Vorkonzert

Dom, 7 1/2 Uhr, Karten

Mk. 3,-, 2,-, 1.50,- für das

Vorkonzert Mk. 2,- bei

Praeger & Meier, Bischofsn.



Raucher!

Der alte Fritz im bunten Rock-

das untergänglichste Bild zaubert in uns Erinnerungen

aus Deutschlands großer Vergangenheit hervor.

Aus der Geschichte deutscher Uniformen bringen wir

künstlerische Darstellungen und geben zugleich in unseren

Sammelalben Erläuterungen zu den jeweiligen geschicht-

lichen Ereignissen. Außer den Querschnitten enthalten unsere

Reihe eine Reihe von 240 Bildern aus dem Zeitalter Friedrichs

des Großen. Sammelt sie, Ihr schafft Euch ein Werk von bleibendem Wert. — Unsere Marken



Trommler-Alarm-Sturm-Neue Front

3 1/2 • 4 • 5 • 6

sind aus edelsten orientalischen Tabaken hergestellt und befriedigen den

verwöhnten Raucher, — unser stetig wachsender Umsatz beweist es;

STURM ZIGARETTEN G.M.B.H. DRESDEN 21



Aus Bremen Stadt und Staat

Cirkus Krone im Anmarsch

Ein großes Zirkussterben hat in Deutschland eingesetzt, ein Zirkussterben, wie es weder die Vorzeichen der Kriegsjahre noch die Nachwehen der Inflationszeit aufweisen können und fast scheint es so, als solle unter dieses Bild der deutschen Kultur der Schlachtfeld gezogen werden, wie wir schon so manches zu Grabe tragen mußten, was uns lieb und teuer war. Mächtige Zuden sind entfallen in der stolzen Pfalz der deutschen Zirkusunternehmen, und mancher gute alte Name mußte seine Flagge streichen unter der vernichtenden Last der Wirtschaftskrise.

In all den trübten Gedanken und wehmütigen Erinnerungen, die einem hierbei befallen, kommt uns die Nachricht von dem bevorstehenden Aufbruch des Zirkus Krone in Bremen. Mit heller Freude denken wir dabei zurück an sein letztes Debut, als wir zum ersten Male das von ihm geschaffene Drei-Mengen-System bewundern konnten. Wir sehen im Geiste noch die schwarzen Menschenbänke, die sich tagelang allabendlich in sein Kiezengeld wälzten, entziehen uns noch der verworrenen Fülle von Darbietungen, die er uns in prunkvoller Aufmachung vorführte.

Sieben Jahre sind seitdem vergangen, 7 Jahre immer härteren Falls, 7 Jahre immer größeren Niedergangs. Und in diesen 7 Jahren lebte ein Zirkus nach dem anderen dahin. Wie mag es Krone ergangen sein? Soll freudiger Gemüthsstand hören wir nun, daß er inzwischen in Spanien, Frankreich, Italien, Ungarn, Holland, Österreich trotz aller Notzeiten weiter von Triumph zu Triumph eilte und daß er im letzten Herbst sein großes Berliner Beispiel ein Erfolg wurde, der geradezu sensationell war.

Man muß sich schon etwas in die kaufmännischen Grundzüge dieses Zirkusunternehmens vertiefen, wenn man diese in heutiger Zeit zunächst etwas unverständliche Tatsache verstehen will. Krone's Prinzip ist auf der einen Seite das der geringstmöglichen Preise, auf der anderen Seite das der größtmöglichen Leistungen. Beides aber miteinander in Einklang gebracht zu haben, das ist das Geheimnis seines Erfolges. Nehmen wir zunächst die Preise. Mit einem Kostenanwuchs von annähernd 350.000 RM. schuf sich Krone ein neues Kiezengeld, das das größte je in Europa gebaute darstellt. Wir entziehen uns wohl der gewaltigen Zehnhalle, die er 1925 in Bremen aufbaute. Seine heutige aber fast noch einmal 3.000 Menschen mehr als die damalige. Dieses gewaltige Stallungsvermögen aber gibt ihm die Möglichkeit, nach dem Prinzip: Kleine Preise, großer Umfuss, den Besuch seiner Vorstellungen trotz aller Notzeiten für jeden erschwinglich zu machen.

Das Prinzip der größtmöglichen Leistungen aber befolgte er durch Schaffung einer vollkommen neuen Zirkusform, die nicht mehr, wie es früher geschah, in einer runden Manege, auch nicht mehr in drei Mengen, sondern in einer einzigen riesigen ovalen Manege von 62 Meter Länge sich abwickelt. Daß sich hier ganz andere Darbietungen zeigen lassen als in der Manege der alten Rundmanege, liegt auf der Hand. Und von alten Rundmanegen, liegt auf der Hand, daß wir heute auch in Krone's neuem Programm Massenfiguren, die in phantastischer Aufmachung 500 Menschen zu gleicher Zeit in die Manege bringen, hundertköpfige Bettelarme aller Art, Pferdereiten, Wagenreiten, große Reiterkämpfe und daneben natürlich alle traditionellen Zirkuskunst, geformt und weiterentwickelt nach neuesten Erkenntnissen.

Nur die Erfolge dieser grundlegenden Prinzipien hat es Krone möglich gemacht, durch die Kiezengelds hindurch sein Unternehmen nicht nur im alten Glanz zu erhalten, sondern es noch um ein ganz erhebliches zu bereichern und auszubauen. Und so dürfen wir hoffen, daß in Kürze sein Zirkus in Bremen wieder einziehen wird im Schimmer von Krone's Prunkfabrik und daß wieder einmal tausender Beifall der Massen die uralte und doch ewig junge Zirkus Kunst umwandeln wird.

Dr. B.

Ein Verwaltungsinспектор zu Gefängnisstrafe verurteilt. Der frühere Oberinspektör

Jüdische Kulturpropaganda in Bremen

Am Sonntag vormittag veranstaltete die jüdische Gemeinde zu Bremen eine Goethefeier, die in nationalsozialistischen Kreisen umso mehr Beachtung verdient, als sie eine zweifellos sehr geschickte jüdische Kulturpropaganda darstellte. Dies ging schon daraus hervor, daß es den Veranstalter offenbar darauf ankam, eine möglichst große Zahl nichtjüdischer Besucher anzulocken.

Man bediente sich unter anderem der Hilfe der Unterrichtsverwaltung, indem man ihre 100 Eintrittskarten zur Verfügung stellte.

Die ebenso großzügige Bereitwilligkeit, mit der sich Senator Spitta durch Verteilung dieser Karten in den Dienst der jüdischen Kulturpropaganda stellte — wie schon vor einiger Zeit in den Dienst der paneuropäischen Verbindung — wollen wir uns für unsere Veranstaltungen merken. Die Zahl der erschienenen Deutschen war denn auch im Vergleich zu den anwesenden Juden sehr groß und half so den bescheidenen geringen Besuch seitens der Reichsregierung.

Die Feier war unter den Grundbedanken gestellt: Wie steht Goethe zum Judentum, zur Bibel, zur jüdischen Gottesanschauung, und wie hat sich demgemäß der Jude zu Goethe zu stellen?

Mit der seiner Rasse eigenen Betrachtungsweise legte Rabbiner Dr. Aber die kritische Sonde an.

Für den völkisch eingestellten Menschen am auffälligsten war wohl der Schlag der Ausführungen, inwiefern nämlich die Juden Urfahrer hätten, Goethe zu feiern, trotz seiner Verstandeslosigkeit der jüdischen Frage gegenüber. Wenn Goethe auch nicht wie Keßling für die Duldung eingetret sei, so hätten ihm die Juden dafür zu danken, daß er infolge der „Harmonie“ und des „Parallelismus“ seiner Gedankengänge mit jüdischem Gedanken, infolge seiner Disziplinsucht (!) und seines Humanitätsideals den emanzipierten Juden den „Eingang in das deutsche Geistes-

leben vermittelt und erleichtert“ habe, so daß „die deutschen Juden mit der deutschen Kultur unlosbar verbunden“ seien. Dazu haben wir drei Anmerkungen zu machen.

1. Es ist ein kleiner Beitrag zu der den Juden eigenen Befriedigung, Goethes Gedankengang dem eines „jüdischen Juden“ gleichzusetzen, wie das im Vortrag geschehen ist. Das ist eine umso größere Annahme, als der Vortragende selbst auf sehr grundlegende Untergründe goetheischer und jüdischer Auffassung hinweist.

2. Wenn es wirklich so ist, daß Goethe dem emanzipierten Judentum das Eindringen in die deutsche Kultur erleichtert hat mit ihren so schwerwiegenden Folgen, dann stimmt uns das kritisch gegenüber der zur Mode gewordenen unbefehrten Verhöhnung Goethes, besonders im Goethejahr 1932. Wir müssen sogar soweit gehen und mit aller Entschiedenheit betonen: Wir deutschstämmigen Menschen haben keinerlei Veranlassung, diejenigen Stühle goetheischer Weltanschauung besonders hochzuhalten, die bei jüdischen Menschen eine verwandte Seite anfließen lassen.

3. Gegenüber dem, vor allem vom „Centralverein der deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens“ immer wieder gemachten Versuch, die deutschen Juden als mit der deutschen Kultur unlosbar verbunden hinzustellen, kann es von unserer Seite nur eine scharfe Ablehnung geben; einmal, weil wir angeführt der antijüdischen Haltung des Judentums in der Praxis nur ihren Zerknirschungswillen kennen und das Veranlassen z. B. dieser „Goethefeier“ für eine raffinierte Verleumdung der zerknirschten Tätigkeit des Judentums halten; zum anderen, weil wir eine Verbundenheit zweier so grundverschiedener Völker wie des deutschen und jüdischen für unmöglich halten. Die Entwicklung der deutschen Kultur steht ihrer rassistischen Reinheit voran, die im Kampf gegen das Judentum und seiner gewollten oder ungewollten Schrittmacher von uns Nationalsozialisten neu geschaffen werden muß.

Burmeister, Oberinspektör der Rechnungskammer der Bremer Finanzdeputation, hatte sich Dienstag vor dem Großen Schöffengericht wegen Betruges, Urkundenfälschung und Untreue zu verantworten. Als Rechnungskammervorsteher hatte er die Kassen und Belege der Familienbremsen-Behörden zu prüfen und im Laufe der Zeit zum Nachteil des Bremerischen Staates 10.600 RM. angeeignet. Das Gericht verurteilte den Angeklagten entsprechend dem Antrag der Staatsanwaltschaft wegen Betruges in fünf Fällen, Urkundenfälschung und Untreue zu einer Gefängnisstrafe von 2 Jahren und 10 Monaten sowie Aberkennung der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter. Die Untersuchungschaft wurde dem Angeklagten angedreht.

Neinstagung des nationalsozialistischen Lehrbundes

In Berlin vom 2. bis 4. April im Sportpalast. An der von der hiesigen Ortsgruppe geplanten Gesellschaftsfeier zur Neinstagung nationalsozialistischer Lehrer können auch Nichtlehrer teilnehmen. Die Festkosten (Sitz- und Rückfahrt) betragen ca. 28 RM. Teilnehmerkarten 3 RM. oder 6 RM. Freiquartier wird von der Reichsleitung in Aussicht gestellt bei zeitweiser Anmeldung. Wer teilzunehmen wünscht, teile dies umgehend Hg. Kreismeyer (St. Magnus, Am Brunnenshof) oder dem Parteibureau mit.

Entwichener Zuchthäuser. Der Zuchthausinspektor Georg Prill, geb. 14. 12. 1901 in Effen, Maschinenarbeiter, ist am 21. d. M. in Bremen auf dem Transport nach der Strafhaft entwichen und hat noch nicht wieder ergriffen werden können. Prill ist etwa 1,70 Meter groß, schlank, hat blondes Haar, graue Augen, gesunde Zähne, und war bekleidet mit hellem Hut und hellem Mantel. Angaben zur Ermittlung des Entwichenen sind der Polizei erwünscht.

und werden im Polizeigebäude, Zimmer 333, und an jeder Polizeiwache entgegengenommen.

Achtung! Hausmüllabfuhr!

Wie in den Vorjahren soll auch in diesem Jahre wegen des durch das Osterfest verursachten Ausfalls der Müllabfuhr am Samstag und Ostermontag der Hausmüll aus dem Freitag-Rebieren am Sonnabend, den 26. März abgehoben werden. Die Abfuhr aus den Sonnabend-Rebieren fällt aus. Vom Dienstag, den 29. März ab findet die Abfuhr wieder planmäßig statt.

In dem Gebiete der Fußparkstelle 4, Gröpelung-Schleschhausen, treten die vorgenannten Änderungen in der Müllabfuhr nicht ein.

Die Bücherereien der Besessenen in Bremen bleiben vom 25. bis 28. März einschließlich geschlossen.

Erneuter Stoffdiebstahl bei einem Schneider. Am 21. März, 13.30 Uhr, wurden aus einem offenen Verkaufsstand des Hefelamps wiederum 3 Meter Anguloff — grau mit Karomuster — und 3 Meter Anguloff — dunkelbraun — entwendet. Verdächtig werden dieselben Täter, die bereits an zwei Stellen der Stadt in letzter Zeit gleiche Diebstähle ausgeführt haben. Sie werden nochmals beschrien: Bei ca. 30 Jahre alt, der etwas etwas größer, der kleinere eine halslose, braune Lederhose, beide bekleidet mit grauen Hosen. Es wird sich um Ausländer handeln. Bei ihrem Erscheinen benachrichtigte man sofort die Polizei, desgleichen, falls die Stoffe angeboten werden. Nähere Angaben werden an jeder Polizeiwache und im Polizeihaus, Zimmer 411, Hausanruf 50, entgegengenommen.

Leinenbeutel mit 60 RM. Inhalt gestohlen. Der Eigentümer eines kleinen weißen Leinenbeutels, mit 60 RM. Inhalt, der am 3. März morgens nach 8 Uhr auf der Delmenhorsterstraße gefunden wurde, ist noch nicht ermittelt. Ob der Beutel

aus einer kraßbaren Handlung herrührt oder verloren ist, konnte noch nicht festgestellt werden. Der Empfängerberechtigte mag sich im Polizeihaus, Zimmer 409, melden. — Ferner wurden 5 Fahrräder an verschiedenen Stellen der Stadt gestohlen.

Zeugen gesucht. Am 19. März entfiel gegen 6.30 Uhr an der Tiefer eine größere Verlehrsflodung, weil ein auswärtiger Lastzug bei einem Ausweichmanöver quer zur Fahrbahn gesteuert wurde und die Kuppelung der beiden Wagen sich festgelockert hatte. Verursacht wurde dieser Unfall durch das Verhalten eines Radfahrers, der dem Lastzug entgegenkam. Der Radfahrer hat sich unerkannt entfernt. Personen, die zu seiner Ermittlung Angaben machen können, werden gebeten, sich bei der nächstgelegenen Polizeistelle zu melden.

Unfälle. Zu dem am 18. d. M. gemeldeten Unfall, wo ein auswärtiger wohnhafter Fahrer dadurch zu Unfall kam, daß er einem Lieferwagen ausweichen mußte und dann von einer nachfolgenden Straßenbahn angefahren und schwer verletzt wurde, wird ergänzend mitgeteilt, daß der Verletzte an den Folgen des Unfalls im Krankenhaus verstorben ist. — Am Osterfest, Edele Straßestraße, stießen zwei Personenkraftwagen zusammen. Eine Kontoristin wurde durch Glassplitter im Gesicht leicht verletzt. Nach Behandlung durch einen Arzt suchte sie ihre Wohnung auf. Edele Straßestraße und Karststraße kam ein Radfahrer dadurch zu Fall, daß der Hinterräder seines Fahrrades beim Nehmen der Kurve abbrach. Er klagte über Schmerzen im rechten Fuß und wurde von einem ihm unbekannten Straßfahrer in die öffentliche Wohnung gebracht. — Beim pflichtigen Veruntreteten vom Gehweg auf die Fahrbahn der Nordstraße wurde eine Frau von einem Lieferwagen angefahren. Sie kam hierbei zu Fall und klagte über Schmerzen im Rücken und im Oberarm, konnte aber ihren Weg allein fortgehen. — Ein Arbeiter hatte sich hinter einen Lastwagen gehängt und fiel dabei auf das Straßenpflaster. Er kam in seine Wohnung, wo er sich bald erholte.

7. Allgemeine Beuteiler, Kisten- und Zuchthausausstellung des Gefängnis-Bereichs „Bremen“ e. V., am 3. April 1932 in Horst-Rehman, Tiefer 31-32. Am 28. d. M. läuft die Frist zur Anmeldung ab. Wer ausstellen will, aber noch nicht gemeldet hat, muß daher alsbald seine Anmeldung abgeben. Ausstellungsbestimmungen sind a. a. in der Geschäftsstelle des Vereins, Wasserstraße 28, zu haben. In volkswirtschaftlichem Interesse ist allen Gefängnisbeamten die Beteiligung zu empfehlen. Die Bestimmungen sind für die Aussteller äußerst günstig.

Rundfunk

Mittwoch, 23. März. 15.35 Schiffahrtstakt. 16. Nachmittagskonzert. 17.30 Zwiegespräch. 17.55 Das bunte Programm. 18.30 Tagesfragen des Rechts. 18.55 Vortrag. 19.20 Transfuder Abendbericht. Hamburger Frucht- u. Gemüsemarkt. Von Berlin über den Donnerstag-Rindermarkt. 19.25 Wetter. 19.30 „Die flaffige Operette.“ „Brüderchen Ergo bibemus.“ 22 Nachrichten. 22.20 Aktueler Dienst. 22.30 Tanzmusik. 22.30 Eiserbericht.

Donnerstag, 24. März. 6.30 Wetter. 6.40 Morgenmusik. 7. Zeit, Wiederholung der Abendmeldungen. 7.05 Eiserbericht. 7.50 Wetter. Vortrag. 11. Mittagskonzert. 12.10 Zeit, Wetter, Winterport. 12.20 Vorfahrt. 12.30 Mittagskonzert.

Veranstalter: Kurt Thiele, M. d. R. Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hansford von Schicht; für den Anzeigenteil: M. Rastens, sämtlich in Bremen. — Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung. — Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Auch ist sie für Rücksendung nicht verpflichtet. — Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Rotationsdruck: Meier-Druckerei Bremen.

Stadtheater

1. Vorstellung im Goethe-Zirkus Egmont

Mit einer künstlerisch hochwertigen und eintrachtvollen Egmont-Aufführung leitete das Stadtheater die Gedächtnisfeier zu Goethes hundertsten Geburtstag ein. Durch die wunderbare Musik v. v. Beethovens, dessen Geist mit demjenigen Goethes gerade bei der deutlichen Verbindungspunkte erkennen läßt, erhält das Stück eine besondere Wärme, der fühlbar über dem Raume liegt. Der Zauber, der vom „Egmont“ ausgeht, erklärt sich aus der Lebensschickel aller auftretenden Personen, aus dem Stimmlichen, das der Gestalt des Helben und seinem Schicksal anhaftet und nicht zuletzt aus der Sprache, in dem dieses dramatische Gedicht geschrieben ist. Man hört in ihm Töne, wie sie der junge Dichter in seinem „Woy“ und „Werther“ angeschlagen hatte, und vergißt, daß zwischen der ersten Schöpfung mit dem Stoffe und der endlichen

Drucklegung im Jahre 1788 fast dreizehn Jahre verfloßen waren, daß in dieser Zeit im Dichter ein Wandel vorgegangen war, der, hauptsächlich durch die italienische Reise bedingt, „Apollonische“ und „Zoson“ hatte reifen lassen. Dem Dichter ist in seinem „Egmont“ nicht alles gleich gut gelungen; deshalb würden ein paar trübselige Striche der Gesamtwirkung des Stückes nur zu gute kommen. Von der letzten Volksszene und den Worten Klärchens an: „Wacht du, wo meine Heimat ist!“ könnte die erste Singszene, die letzte Klärchen-Brandenburgs, die eine unglückliche Reminiszenz an die Dichtung der Sturm- und Drangzeit darstellt, sowie die Ferdinand-Egmont-Szene ruhig weggelassen, weil sie für den Gang der Handlung vollkommen bedeutungslos sind und zum größten Teil peinlich wirken. Von den Worten Egmonts im Gefängnis an: „Süßer Schlaf!“ usw. würde dann eine einzige große Schlüsselszene erzählt werden. Um die sorgfältige Eingliederung hat sich Herr Dr. Fall als Spielersteller verdient gemacht, während Herr Dammer der geist-

vollen und klugschönen Ausdeutung Beethovens besessenen Ausdruck verlieh. Die Absicht Goethes, seinen Helben von Herzen Neugierigen, erfüllte Herr Wente in idealer Weise, indem er in seiner Darstellung die dämonische Sorglosigkeit und das schöne Neugierigen in Egmont bedeutsam unterließ und durch ein edles Pathos die Schlüsselszene zu hineinreiner Wirkung brachte. Durch die Vorträge seiner Erscheinung ist er geradezu berufen, die glänzende, ritterliche Gestalt seines Helben auch äußerlich zum Mittelpunkt des dramatischen Geschehens zu erheben. Die Vortragsfähigkeit und reifliche Eingabe an den vom Volk vergötterte Helben wußte Herr. Ritz glaubwürdig zum Ausdruck zu bringen, dagegen fehlt ihm Klärchen ein gewisser mädchenhafter Reiz, so daß sie an manchen Stellen etwas zu bürstlos erdigen. Sehr gut gelangen ihr die Liebeszene und das Bemühen, das Volk zur Befreiung Egmonts aufzurufen. Vornehm und überzeugend spielte Herr Orlmann den bedachten und Menschen wie Verhältnisse klar bezeichnenden Dramen, eine Gestalt aus Geist und

Kraft. Eine nicht zu übertreffende Leistung hat Frau Flora als kluge und stolze Regentin, die trotz männlicher Betonung ihre weiblichen Gefühle nicht verleugnete. Frau Schulz, Fräulein, ließ der Gestalt der Mutter alle wesentlichen Züge, die dieser in ihr Kind verliehen haben, eigen sind: Schwäche, Eitelkeit, Duldsamkeit trotz besserer Überlegung. Herr Grönig gab den finsternen Todesanführer sehr in Ton und Haltung, überlegen Herr Gerlach den Nachbarn. Ausgezeichnete Typen stellte Herr Thomas als regehemander Agitator und Demagoge, Herr Rehder als beglückter Soldat Egmonts, Herr Ritz als hoffungsloser Liebhaber, sowie die Herren Parge, Tränkle, Schmidt, Feisner und Wenhach als Vertreter des Volkes auf die Szene der Zuhörer folgten gespannt den abwechselungsreichen Bildern und spendeten dem Schluß der feierlichen Aufführung dankbaren Beifall.

M. Eilers

NSDAP.-Mitgliederversammlung

Nosenberg kommt nach Bremen

Am gestrigen Dienstag fand im vollbesetzten Casinoaal eine Mitgliederversammlung der NSDAP. statt, in der zunächst Hg. Ziele über das künftige Wählerprogramm und die daraus zu ziehenden Lehren referierte. Danach nahm Gau-leiter Hg. Nosenberg das Wort und gab die neuen Richtlinien für den Wahlkampf bekannt. Soweit sie für die allgemeine Öffentlichkeit bestimmt sind, verweisen wir auf unseren heutigen Leitartikel von Dr. Goebbels, der sich mit dem gleichen Thema beschäftigt.

Hg. Nosenberg gab dann den Mitgliedern noch einiges Material für die mühselige Propaganda- und Abwehr von Unwahrheiten, die in letzter Zeit besonders in Bremen über die Bewegung verbreitet wurden.

Nachdem einige geschäftliche Angelegenheiten besprochen waren und noch einmal auf die Bedeutung unseres Kampfes hingewiesen war, schloß die eindrucksvolle Mitgliederversammlung mit dem Horst-Wessel-Lied.

Kommunistischer Mörder-slecher verurteilt

Das Große Schöffengericht, unter dem Vorsitz von Landgerichtsdirektor W. L. d. v. S., verurteilte gegen den jugendlichen Arbeiter Wilh. Berner wegen gefährlicher Körperverletzung und Landfriedensbruch. Es handelt sich um die Mordanschläge in der Nähe der Schule an der Schleswigerstraße, wo Stahlhelfer im März 1931, anlässlich der Wahlen zur Arbeiterkammer, Kämpfer verteilte. Berner, der als äußerst roh bekannt ist, äußerte sich darüber, daß die Stahlhelfer Spaziergänger bei sich trugen und sich nach einem vom Zeugen gebrochenen Streik, dem Stahlhelfer Martin Schneider in den Rücken. Der Streik durchführte die Länge und war so schwer, daß er längere Zeit im Krankenhaus verbrachten mußte.

Berner, der allgemeinen Schwärze, die sich entwickelte, konnte Berner sich drücken. Festgenommen wurden Pawlik und W. H. H. am August d. J. wurden beide verurteilt. H. zu 1 Jahr und W. zu 4 Monaten Gefängnis. Beide versuchten durch ihren Anwalt Dr. Jordan an ein Wiederverfahrensverfahren zu erreichen, was wenig aussichtsreich sein dürfte. Landfriedensbruch bleibt Landfriedensbruch.

Berner hat noch ein Verfahren gegen sich zu bestehen. Er ist es gewesen, der feierlich in den Verhandlungen die mit Verhaftung des H. H. in die Wohnung des Landrichters war, wo sie ermordete. Dafür wird der Angeklagte demnächst abgeurteilt werden. Wenn des Mordstrafes, der Mordstrafe so schwer verurteilt, erhält Berner eine Gefängnisstrafe von neun Monaten. Nur seine Anwalt teilete ihm vor einer weit höheren Strafe.

Die Weberschiffahrt im Februar 1932.

Eine Stärkung der Weberschiffahrt durch Eis fand auch im Februar nicht statt. Die Wasserstände auf der Oberweyer waren jedoch sehr ungünstig. Ab März-Märchen schwankte die Tauchtiefe zwischen 1,50 Meter und 85 Zentimeter, während auf 2 Meter zur vollen Ausnutzung der Heimeren 1,85 Meter tauchenden Fahrzeuge erforderlich sind. Die Mittelweyer hatte 8 vollschiffige Tage. Gegenüber den beiden Vormonaten, von denen im Januar - ohne Einrechnung der Schiffabsperrung infolge Hochwassers - an 22 und im Dezember an 14 Tagen ohne Leichterung gefahren werden konnte, ist dies eine erhebliche Verschlechterung.

Die theoretischen monatlichen Durchschnittstiefen waren für die Oberweyer 1,25 Meter (2,51 Meter im Januar und 1,49 Meter im Dezember) und für die Mittelweyer 1,84 Meter (3,28 Meter bzw. 1,92 Meter).

Im Güterverkehr durch die Bremer Weberschiffe gingen im Februar 40.700 t gegen 66.220 t im Vormonat und bergwärts 15.700 t gegen 30.400 t. Die Mengen können jedoch nicht ganz miteinander verglichen werden, da im Januar eine Schiffsabsperrung von 7 Tagen zu verzeichnen war und im Februar der Verkehr durch Schleusenperre insgesamt

13 Tage ruhte. Zunächst mußten die Bremer und Dörverener Schleusen vom 8.-16. wegen Überholungsarbeiten außer Betrieb gesetzt werden. Das Unglück wollte, daß nach Fertigstellung der kleinen Bremer Schleuse und während der noch andauernden Arbeiten an der großen Schleuse sich am 25. 2. abends ein fiesler Unfall ereignete, der durch einen Schleppsturm in der kleinen Schleuse verursacht wurde. Bei Vollantrieb trieb dieser gegen ein Tor, hob es aus den Angeln und brachte es zum Versinken. Die sofort aufgenommenen Arbeiten konnten am 2. März mittags beendet werden.

Sperraffen erkannten die Falschschleue nicht.

Vor dem Großen Schöffengericht wurde gegen den Pensionär S. Berner und seine Ehefrau sowie gegen seinen Bruder M. Berner verhandelt, die des Minderverbrechens angeklagt waren. Die Anklage weist S. Berner vor, 111 Geldscheine im Werte von 50 RM. und 80 im Werte von 100 RM. in der Zeit von August 1930 bis Oktober 1931 hergestellt und in den Verkehr gebracht zu haben. Die Scheine sind in den verschiedensten Gegenden Deutschlands angehalten worden, es konnte aber festgestellt werden, daß Bremen der Herstellungsort sei. Die Fälschungen waren: derart gefälscht, daß selbst Sperraffen die Fälschungen nicht erkannt haben, sondern erst auf der Reichsbank festgestellt wurde, daß die Scheine falsch waren. Die Ehefrau S. wurde beurlaubt, in Bremen und Oldenburg die falschen Scheine in den Verkehr gebracht zu haben. Der Bruder M. Berner ist bereits schon einmal wegen Minderverbrechens zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Das Gericht verurteilte den Angeklagten S. wegen vollendeten Minderverbrechens zu zwei Jahren Zuchthaus und Frau S. wegen Verbreitung des Falschgeldes zu 6 Monaten Gefängnis, ferner den M. B. zu 1 Jahr Zuchthaus.

Unerhörtes Urteil im Karstadtprozeß

Dr. Teitge zu 200 Mk. verurteilt, da nur kaufmännischer Leiter

Das erweiterte Schöffengericht in Braunschweig fällt am Sonnabend mittig gegen 2 Uhr folgendes Urteil im Karstadt-Prozeß:

Unter Freisprechung von der wirtlich handelnden Aufseherin der Angeklagte Dr. Teitge wegen Vergehens gegen die §§ 4 Abs. 2 und 13 Abs. 1 des Lebensmittelschadengesetzes zu 20 Tagen Gefängnis verurteilt. Soweit Freisprechung erfolgt, trägt die Staatskasse die Kosten. Im übrigen werden sie dem Angeklagten auferlegt.

Begründung des Urteils

geht hervor, daß das Gericht der Auffassung war, daß Dr. Teitge nur als kaufmännischer Leiter angesehen war. Er war daher nur für den kaufmännischen Teil verantwortlich, nicht aber ohne weiteres auch für den technischen Teil. Wenn Dr. Teitge, so heißt es in der Urteilsbegründung, bei der Konstruktion der Wurstherstellung mitgewirkt hat, so fällt das durchaus nicht aus dem Rahmen des kaufmännischen Gebietes. Zu seinem Bereich gehört aber auch der Vertrieb der Wurstwaren, und da hatte er die Verantwortung über die Herstellung der Wurst unter Verwendung der alten Wurst zu übernehmen.

Hierzu gehörte also die Weiterverarbeitung an gepulverten Schlacht- und Zerhackfleisch, die Weiterverarbeitung der Wurst und der Fleischwaren Wurst, die man am 3. November gefunden hatte.

Dr. Teitge wußte, daß zu einem gewissen Prozentsatz Wurst aus altem Wurstgut hergestellt war. Alte Wurst gehört normalerweise nicht in die Wurst hinein. Darüber sind sich auch die Sachverständigen einig gewesen. Daher gibt es in dieser Hinsicht auch keine rechtlichen Unterschiede zu prüfen. Danach muß sich Dr. Teitge bewußt gewesen sein, daß hier eine Verletzung im Sinne des Lebensmittelgesetzes vorlag. Ebenfalls hat eine ausreichende Kenntlichmachung dieser Wurst nicht vorgelegen. Schließlich des Betrugs hat das Gericht eine strafbare Handlung nicht ersehen können.

Gefängnis, ferner den M. B. zu 1 Jahr Zuchthaus.

Lehrjahrsarbeitenstellung der Gewerkschamer. Die Ausstellung der Geisteskräfte der ausstehenden Handwerkslehrlinge wird am Karfreitag, 25. März, in den Gewerblichen Schulen, an der Weiserbahn 4, eröffnet. Zur Eröffnungsfest, die um 11 Uhr im Lichtbildsaal der Schule erfolgt, sind die Lehrherren, Lehrlinge und deren Eltern, sowie alle, die an der Ausbildung des handwerklichen Nachwuchses interessiert sind, eingeladen. Die Ausstellung dauert bis zum dritten Oftertag einsehl. und kann täglich von 11-17 Uhr unentgeltlich besichtigt werden. Die Lehrherren der Geistesprüfungen werden gebeten, diese anzuhalten, daß die Geisteskräfte noch heute in den Gewerblichen Schulen, an der Weiserbahn 4, abgeliefert werden und am Mittwoch nach Oftern wieder abgeliefert werden müssen.

Ofter-Spielplan im Stadttheater. Für Karfreitag ist eine Wiederholung von Mozarts großer Oper „Rauberskate“ angesetzt. Anfang 10.30 Uhr (148. A-B). Der Ofter-Sonntag bringt eine Aufführung von Richard Wagner's Bühnenweitschweifigkeit „Parsifal“ in der hervorragenden Besetzung der Hauptpartien durch die Herren Barton, Thement, Schweinsberg, Kraus und die Damen Rolfer, Reich, Mühlbach, Penke, Geld und Hime. Musikalische Leitung: Karl Danner. Regie: Van Deyckhever. Anfang 18 Uhr (149. A-B). Am Ofter-Montag wird um 15 Uhr die Operette „Im weißen Rößl“ gegeben, während um 20 Uhr (150. A-B) nochmals Offenbach's Operette „Die schöne Helena“ in Szene geht. (Siehe Anzeige.)

Centralhallen. Am Oftersonntag, 20.15 Uhr, findet im Rahmen der volkstümlichen Vorstellungen des Stadttheaters eine nachmalige Aufführung von P. Arronows Volksstück mit Musik „Mein Leppold“ statt, das in der Vereinfachung von Publikum und Presse mit

größtem Beifall aufgenommen wurde. Wegen der Ausstellung „Haus und Herd“, wozu diese Fälle der Centralhallen benötigt werden, kann vorläufig nur diese eine Wiederholung dieses Wertes stattfinden.

Spielplan der Vereinigten Theater

Die Vereinigten Theater schreiben uns: Ab Oftersonntag gelangt im Metropol-Th. die neueste Uebersetzung für Bremen, die „U. Zon-Derette“, „Zwei Herzen und ein Schlag“ zur Vorführung. Um es vorwegzunehmen: Diese neue U. Zon-Derette ist die Krönung aller bisherigen Schöpfungen des Regisseurs Wilhelm Thiele. Die Erfolgskurve, die er mit „Die Drei von der Tankstelle“ stellt nach oben führte, nachdem er sie mit „Weißwaller“ begonnen hatte, wird mit „Zwei Herzen und ein Schlag“ von neuem entporetschneit. Wilhelm Thiele, der als erster das Lustspiel mit Lustspiel-einlagen zur rechten Derette entwickelte und vervollkommnete, ist seiner Ueile, den Luststoff in Gesehrschaff und musikalischer Aufführung zu sehen und entsprechend durchzuführen, treu geblieben, er führt die Menschen seines Theaters noch konsequenter als bisher im Wibel heiterer Mischungen fangeht und fangeht durch die Tage ihres Ofterabendstücks. Wollt Altsch-Beth, bisher jugendlicher Liebhaber des Wiener Burgtheaters, ist es, dem die Aufgabe zufällt, das Vergehen Allan Harvey in Fesseln zu schlagen und mit ihr gemeinsam die Vergehen des Publikums zu gewinnen. Otto Walburg, Eber von Holman, Kurt Ellen u. a. spielen die weiteren Hauptrollen. Im Programm läuft der 2. Teil des großen „Geistes-Gedankenspiels“ der Ufa.

Das Kaiser-Th. und das Palais-Th. bringen ab Oftersonntag den neuesten Harry-Piel-Film „Der Geistesgenie“ („Ein Mann istel vom Himmel“) und auch in diesem Film werden sich wieder die tollen Ereignisse und atemberaubenden Situationen überziehen. Spornend von der ersten bis zur letzten Szene und aufreißend in jeder einzigen Situation ist dieser Film, in dem neben Harry Piel noch Maria Solov. G. v. Winterstein, Ferd. v. Allen u. a. mitwirken, wieder ein Publikumslager allergrößten Formates.

Im Apollo-Th. und im Ganga-Th. läuft ab Oftersonntag ein Zon-Derette-Spieler. Programm und zwar gelangt zunächst die Film-Romane „Ways Start in die Ehe“ mit dem Schläger „Ich bleib bei Dir bis morgen früh“ mit Jenny Jugo und Herrn. Schling in den Hauptrollen zur Vorführung. Als zweiter Film läuft dann der an abenteuerlichen Evidenzen und Verwechslungen überreiche „Wid-Wid-Schnee“, der überfall auf die „Merito-Pol“, ein Tonfilm mit dem beliebten Richard Talmdage in der männlichen Hauptrolle.

Zum 100jährigen Todestag Goethes

Eine deutsche Feiertage hielt die Berliner Reichs-Gesellschaft am Sonntag vormittag im Reichstag ab, deren Rahmen und Inhalt ebenfalls gegen die Geschichtsinjustiz der offiziellen Kunstverwaltung des 20. Jahrhunderts absah. Der bekannte Münchener Schriftsteller Hanns Jauch hielt die Rede und verband es, den unheimlichen Geist Goethes in die Gegenwart zu stellen, sein Werk dem deutschen Charakter, aus dem der Dichter geschaltete, nachzubilden. Nicht durch tote Stoffe, höchstens Wiederbilden der Worte aber gar plumpes Tönen im Schilde des Dichters, sondern durch Blut- und darum lebendiges Einfühlen in das Schaffen des Meisters verstand es Jauch, die Veranstaltung zu einer modernen Feiertage zu erheben, die dem unheimlichen Geist des deutschen Schöpfers geweiht war. Es wäre zu wünschen, daß auch in Bremen das Geistes, der die Feier der Frühlingsgesellschaft leitete, hinterherdachte in all die hundert und tausend Jahren, die in der Schriften und Werke, haben ihm, die im Goethejahr von offizieller Höhe herabgelassen werden.

Aus der Umgegend

In der Nacht zum Montag veranlassen zwei SA-Männer, in der Gerhard-Rohde-Straße gehend, Hilferufe aus der Richtung Kirchenstraße. Sie eilten schnurstracks über den Seampark und stellten fest, daß die Angreifer bereits von ihrem Opfer abgesehen hatten. Wichtige stürzten jedoch aus der Dunkelheit 7 bewaffnete Rotmordbanditen hervor und fingen auf die beiden SA-Männer ein. Obgleich diese sich kräftig zur Wehr setzten, wurde der eine SA-Mann erheblich durch Messerstiche im Gesicht verletzt und mußte sich in ärztliche Behandlung begeben, der andere SA-Mann trug unbedeutende Schläge und Kratzen am Kopf davon. Einige der Täter sind bereits erkannt.

ACHTUNG!

BREMER! Sieben Jahre sind es her, seit Ihr zum letzten Mal Krone mit seinem damaligen Managen-System in Faren Maern sah. Sieben Jahre lang zog dieses gewaltige aller europäischen Circusunternehmen kreuz und quer durch den Kontinent.

Wien, Budapest, Mailand, Turin, Marseille, Lyon, Barcelona, Madrid,

fast alle Großstädte Europas bildeten in diesen Jahren die Markteine am Wege einer ständigen Aufwärtsentwicklung, den dieses deutsche Weltunternehmen für sich buchen konnte. Sieben Jahre ununterbrochenen Wachstums, sieben Jahre unermüdlichen Strebens nach immer Neuem, immer Besseren liegen hinter Krone, und mit dem beglücktesten Ergebnis dieser sieben Jahre wird er sich Euch nun vorstellen. —

KRONE

kommt nach

BREMER

Lieferanten! Für das bevorstehende Gastspiel werden große Mengen von Futtermitteln aller Art für die 300 Tiere des Krone-Zoo benötigt. Insbesondere: Heu, Hafer, Strohhalm, Pferdeheide, Futterbrenn, Kartoffeln, Kleie, alter Brot, Milch, Eier, ferner Labeneis und Grundmittel für die große Circus-Restauratur. Söföriqe Offerten an die Einkaufsabteilung Circus Krone, München, erbeten.

Achtung!

ACHTUNG!

BREMER! Ihr werdet Krone nicht wieder kennen. Ein neues, geradezu gigantisches Rezent, eine von hunderttausenden von Kernen prunkvoll erbaute Basis, ein in unermessliche gewandener Wagenpark, ein auf 1200 Köpfe gestiegener Personalbestand und über 30 Tiere im größten reisenden Zoo der Welt — das sind die äußeren Merkmale seiner unerreichten Größe. — Aber nicht nur die äußeren Ausmaße, sondern vor allem das, was er Euch zeigen wird, das wird die große Ueberschneidung sein:

Eine vollkommen neuartige Circuskunst

in einer einzigen riesenhafte Arena von 62 m Länge, ein unvergleichliches Schauspiel, das in seiner unübertroffenen Heldenhaftigkeit, in seinem tollen Tempo im vergangen Herbst für Berlin zu einer nie gezeigten wirklichen Sensation wurde.

Volk und Wirtschaft

Streik der Angestellten

auf der Generalversammlung der Vereinigten Stahlwerke

In der Generalversammlung der Vereinigten Stahlwerke, die am 18. März in Düsseldorf abgehalten wurde, kam als Sprecher der Angestellten auch ein Geschäftsführer im Deutschen Nationalen Handlungsgehilfen-Verband zu Wort. Er unterzog den Bericht des Vorstandes einer kritischen Beleuchtung und monierte die Behauptung, daß die Selbstkosten der deutschen Wirtschaft durch die Bindungen an der Lohn- und Gehaltsseite darunter gelitten seien. Es sei verwunderlich, daß man über die Belastung der Zinsen nicht spreche; andererseits sei es aber Tatsache, daß bei einem Vergleich der aufgewandten Lohn- und Gehaltssumme zum Gesamtumsatz festzustellen werden müsse, daß diese Summe in keinem einzelnen Geschäftsjahr mehr als 20,6 Prozent des gesamten Umsatzes betragen habe. Daraus ergebe sich, daß die für Löhne und Gehälter aufgewandten Beträge sich im Verhältnis zum Gesamtumsatz der veränderten Lage angepaßt hätten. Von einer harten Bindung auf der Lohn- und Gehaltsseite könne demzufolge keine Rede sein. Auch sei es zum mindesten irreführend, wenn man im Geschäftsbericht ausprüde, daß das allgemein die zur Erzielung von 100 RM. Fremdkapital erforderlichen Aufwendungen an Zinsen, Gehältern, sozialen Abgaben und Steuern gegenüber dem Vorjahr um rund 16 Prozent gestiegen seien. Wenn diese Annahme stimmt, dann müßten die Vereinigten Stahlwerke bei dem anstehenden Umfang der Produktionssteigerungen einen gewissen Rückgang dieser Selbstkosten zu verzeichnen haben, denn der Anteil der Selbstkosten am Gesamtumsatz sei im letzten Jahr gesunken. Zur Erzielung von 100 RM. Gesamtumsatz liege bei den Selbstkosten (Zinsen, Gehälter, sozialen Aufwendungen und Steuern) eine Ermäßigung um 1 Prozent zu erwarten.

Es sei auch nicht zu verstehen, warum man erneut im Geschäftsbericht auf die Stilllegung der Hütte Anrort-Weidrich verweise und die Schuld für die Stilllegung den Gewerkschaften zuschreibe. Es sei doch nachgerade eine offenkundige Tatsache, daß die abnehmende Haltung der Gewerkschaften einer Reduzierung der Löhne und Gehälter um 20 Prozent bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung einer mindestens 90prozentigen Beschäftigung zuzuschreiben sei, auf den Mangel jedweder Garantie zurückzuführen sei, daß die seitens der Vereinigten Stahlwerke in der Hütte Anrort-Weidrich weiterbeschäftigten Angestellten und Arbeiter in einem anderen Konzernunternehmen freigesetzt würden. Der Sprecher unterzog weiter die Bilanz einer kritischen Betrachtung. Er kritisierte die Maßnahmen auf dem Anlage- und Wertpapiermarkt, die die Vereinigten Stahlwerke als zu geringe Generaldirektor Wagner ließ in keiner Antwort auf diese Kritik seine optimistische Betrachtungsweise durchblicken, die immer noch glaubt, im Verlauf der weiteren Entwicklung wieder einmal zu einer reifen oder an nähernden Ausnützung der Kapazität der Vereinigten Stahlwerke zu kommen.

Mit Rücksicht auf das in den Vereinigten Stahlwerken immer mehr überwachende Fremdkapital beantragte der Sprecher vom DGB, daß die Generalversammlung beschließen sollte: Vorstand und Aufsichtsrat werden ersucht, die Spartenleiter der Wertpapierabteilungen aus dem Betriebsvermögen zu lösen und anderweitig sicherzustellen.

Herr Generaldirektor Folger erklärte, daß er diesen Antrag als berechtigt anerkenne und daß entsprechende Ermäßigungen, wie diesem Antrag entsprochen werden könne, schon längere Zeit eingeleitet seien, daß dem Antrag zur Zeit aber eine Reihe von Bedenken entgegenstehen. Hieran zog der Antragsteller diesen Antrag zunächst zurück.

Der Vertreter des DGB sprach weiter seine Verwunderung darüber aus, daß in einem Bericht des Vorstandes die Zinsen nur in der Gewinn- und Verlustrechnung bezogen bei ihrer Erklärung erwähnt werden. Hier müßte er die Vereinigten Stahlwerke auf eine sehr gefährliche Entwicklung aufmerksam machen, denn heute schon sei gegenüber dem vorhergehenden Geschäftsjahr zur Erzielung von 100 RM. Gesamtumsatz die Aufwendung für Zinsen um 28,34 Prozent gestiegen. Es stelle sich also immer deutlicher heraus, daß das Fremdkapital eine schwere Belastung für das Unternehmen bedeute und zwar umso mehr um deswillen, weil das Fremdkapital schon zu 25 Prozent auf das Anlagevermögen überzies.

In der weiteren Ansprache wurde von anderer Seite der Antrag gestellt: der Aufsichtsrat möge auf die lagungsunfähige Mindestverpflichtung, die mit 162 508 RM. für 32 Aufsichtsratsmitglieder angegeben sei, verzichten. Dieser

Duchy und Ottawa

Immer mehr rückt Großbritannien politisch in den Schatten der großen Reichskonferenz von Ottawa, die zweifellos ein gut Teil des Schicksals des gesamten Imperiums entscheiden dürfte. Worum es in Ottawa gehen soll und auch gehen wird, das ist längst kein Geheimnis mehr. Es handelt sich, kurz gesagt, um die Sanktionierung des Schuldscheitens nach außen und um möglichst große Freiheiten innerhalb des britischen Weltreiches auf innerpolitischen Gebiet. Und es ist sicherlich kein Zufall, daß der Führer der Konferenz, Baldwin, nach Ottawa fährt, der Führer einer Partei, die den Schutz auf ihre Forderungen geschrieben hat, während der offizielle Premier, MacDonald, auch weiterhin die Führung der englischen Bewegung auf der Abrüstungskonferenz behalten soll.

Zweifellos wird aber MacDonald die englische Bewegung auch auf der Konferenz von Duchy führen, und die gesamten Konferenzen hängen irgendwie innerlich zusammen, wenn auch die Konferenz von Ottawa am meisten Aussicht bietet, wirklich positive Ergebnisse zu zeitigen. Man wird dort die Wünsche seines Handels festlegen, man wird Entschlüsse fassen, die praktisch in die Tat umgesetzt werden. Was auf der Abrüstungskonferenz geredet und beschlossen wird, das ist hingegen, wer wußte es nicht, am sich schon so lautstark, daß es jede Auslegung vertragen kann, und um die praktische Ausführung von Abrüstungsentschlüssen steht es ebenfalls von jeher mehr als schlecht. Und Duchy? Wir haben in letzter Zeit davon gehört, daß amerikanische Finanziers, führende Persönlichkeiten des amerikanischen Handels und andere sich für eine Streichung der Tribute

Antrag fand keine Annahme und veranlaßte den Vorsitzenden des Aufsichtsrates, Herrn Dr. Thullen, zu der Bemerkung, daß er es nicht verleihe, inwieweit die Generalversammlung über ein feststehendes Recht des Aufsichtsrates beschließen solle.

Diese Bemerkung veranlaßte den Vertreter des DGB den Rat auszusprechen, daß man derartige Rechtsgrundlagen in allen Lebenslagen beachten möge. Der Sprecher hätte jedenfalls bekräftigt gehabt, wenn bei der Durchführung der künftigen Maßnahmen (Einführung von Kurzarbeit) auch das Recht der Angestellten beachtet und die dem einzelnen Angestellten zur Verfügung stehenden Arbeitsanpassungsbefugnisse beachtet werden würden.

Es sei auf jeden Fall eine ganz irrtümliche Meinung, wenn — wie der Vorsitzende des Aufsichtsrates bemerkte — die Direktion der Belegschaft die Anerkennung der Gehaltskürzung als Folge von Kurzarbeit im besten Einvernehmen mit den Angestellten durchzuführen würde, denn in Wirklichkeit hätten die Angestellten unter dem Druck der Arbeitslosigkeit und unter dem Druck der Anweisung des Arbeitgeberverbandes gestanden für den Fall einer Ablehnung der Aufhebung des Dienstverhältnisses in Kauf nehmen zu müssen. Die Direktion der Vereinigten Stahlwerke müßte sich darüber im klaren sein, daß sie mit der Einführung von Kurzarbeit für Angestellte den Angestellten den besten sozialrechtlichen Fall nehme und daß diese Maßnahmen in ihrer Gesamtwirkung nicht ohne politische Folgen bleiben dürften.

eingesetzt haben, indem sie versprachen, Amerika werde sich für die Kriegsschulden vergüten, wenn es läge, daß sich die europäischen Staaten untereinander über die Tribute in der einmündigen Weise einig geworden wären, daß sie diese nämlich stünden.

Wir haben aber gerade in letzter Zeit gesehen, welche Gefahren das Dardanelles-Donauprojekt in sich birgt, und wie Frankreich jetzt mit aller Kraft bestrebt ist, eine Tarnung der Tribute vorzunehmen, um so die Gewähr zu erhalten, daß der Anspruch auf die Tribute nicht nur aufrechterhalten bleibt, sondern daß Deutschland obendrein noch, so bald es irgendwo geht, Geld abgezogen wird. Deutschland wird auf dieser Konferenz von Duchy einen

äußerst schweren Stand haben, und wenn es den deutschen Standpunkt dabei nicht mit außerordentlicher Kraft und Zielstrebigkeit vertritt, so ist für absehbare Zeit, die letzte Möglichkeit genommen, auf regulärem diplomatischem Wege zu einer Vereinigung des Tributproblems zu kommen. Dann kann man sich nur noch auf die harte Sprache der Tatsachen verlassen, und unter diesen kann das letzte zertrümmert werden, was wir noch besitzen. England sieht diese Dinge verhältnismäßig ruhig an, indem es darauf vertraut, daß in Ottawa der reifste Abschluß des Imperiums von der übrigen Welt erfolgt. Es sieht Bedenken, ob es richtig ist, das sieht natürlich auf einem anderen Blatt.

Mildes Urteil

für den sozialdemokratischen Schieber Kagenellenbogen

Berlin, 22. März. In der Urteilsbegründung zum Schultheiß-Badenhofer-Prozess wird u. a. ausgeführt, daß die schweren Erschütterungen der deutschen Wirtschaftslage auch diesen Prozeß zur Folge gehabt hätten. Betreffs des gegen Kagenellenbogen und Benzlin erhobenen Vorwurfs des Prospektvergehens im Sinne des Börsengesetzes habe sich die Strafkammer auf die bisherige Rechtsprechung und die Entscheidung des Reichsgerichts, richtigerweise gestützt und die Sache als verurteilt betrachtet (!). In Bezug auf den Vorwurf der Untreue habe das Gericht auf keinerlei Feststellungen treffen können, weshalb die Freisprechung erfolgte. Anders sei es mit der Bilanzverschönerung; hier könne es keine Entscheidung geben. Anders verhalte es sich allerdings mit der Frage, ob das Generaldirektorium der Generalversammlung Mitteilung über die hohen Verschönerungen aus den Konfidentialberichten machen mußte. Auf Grund der Notverordnung sei ein Verschweigen ausdrücklich anerkannt. Seit dem schwarzen 13. Juli 1931 sei in der Beurteilung wirtschaftlicher Verhältnisse eine grundlegende Änderung eingetreten, die auch hier in Betracht zu ziehen sei. Deshalb hätten die Generaldirektoren freigesprochen werden müssen. Lediglich Kagenellenbogen und Benzlin, die als namhafte Führer der Wirtschaft vorbildlich zu wirken hätten, wegen Bilanzverschönerung im Sinne des Paragraphen 34 Ziffer 2 des Handelsgesetzbuches bestraft werden müssen.

Nach dem Urteil wurde der Haftbefehl gegen Kagenellenbogen aufgehoben und Kagenellenbogen aus der Haft entlassen.

Neue Steuerverordnung

Die problematische Biersteuerung

Die am Sonnabend erlassene neue Steuerverordnung enthält die viel besprochene Senkung der Biersteuer, deren Regelung im einzelnen recht kompliziert mit Mindest- und Höchstgrenzen und mit verschiedenen Prozentsteuern durchgeführt ist. In Kraft tritt diese Biersteuerung erst dann, wenn sich die Brauereien dem Gebot des Preisstimmungsplans fügen und den Bierpreis für Volk und Starkbier um 15 Pfennig pro Liter erniedrigen. Die Reichsregierung ist auch mit einer Senkung um 12 Pfennig schon zufrieden, aber ganz ohne Senkung der Brauereipreise will auch sie ihre Steuern nicht abbauen. Damit hat sich die während des Bierstreits noch vorhandene Front zwischen Verbrauchern und Brauereien vermindert. Sie muß jetzt zwangsweise ihren Angriff gegen die Brauereien richten — und das nur, weil der Zweck der Biersteuerung, die jetzt verwendungsorientiert in der Reichsfinanzschulden des Herrn Reichsfinanzministers liegt. Die Senkung der Brauereipreise ist noch nicht durchgeführt. Die Realsteuerperze, die nach der Dezember-Notverordnung für das Steuerjahr 1931 galt, ist mit gewissen neuen Einzelverfügungen auch auf das Rechnungsjahr 1932 ausgedehnt worden. Eine kleine Erleichterung der Abgaben gibt es bei der Kraftfahrzeugsteuer, eine Streitfrage bei der Staatssteuer wird geklärt, die Spar- und Wirtschaften bekommen für ihre Umorganisation ein weiteres halbes Jahr Frist und dann gibt es im letzten Teil der neuen Verordnung eine Reihe von sozialpolitischen Maßnahmen. Am 31. März treten die in der Praxis schon längst eingeführten Vorschriften über die Einkünfte aus der Kraft. Hier gelten in Zukunft nur noch die sogenannten Ausnahmefälle, die nicht auf einen Verstoß gegen die Vorschriften über eine bestimmte Menge von Getreide oder Getreideerzeugnissen, die vollfrei oder zu ermäßigten Preisen wieder eingeführt werden können.

Die neue Regelung der Biersteuer dürfte im wesentlichen den Wünschen der Wirtschaftspartei entsprechen. Besonders hervorzuheben wird die Tatsache, daß die Gemeinden eine Biersteuererhöhung, auch soweit sie noch

nicht den Reichsfinanzen erreicht hat, nicht mehr vornehmen dürfen, ja, daß die Biersteuer in Gemeinden, in denen sie bisher noch nicht eingeführt war, auch nicht mehr eingeführt werden darf. Was die Ermäßigung des Bierpreises selbst angeht, so dürften die bisherigen Meinungen den Tatsachen voraussetzen. Die bisher angelegte Bierpreissteigerung genügt den Geistlichen deshalb nicht, weil sie bedeutet würde, daß die Brauerei auch bei Berücksichtigung der Biersteuererhöhung noch immer auf Markt je Hektoliter zulegen müßten. Sie verlangen daher von den Brauereien eine weitere Senkung der Bierpreise.

Fürsorge-Mißstände

Der Deutsche Rentnerbund hat auf Grund seiner Erfahrungen eine Denkschrift über die im Verlauf der Notverordnungen des Jahres 1931 aufgetretenen Mißstände in der Rentnerfürsorge herausgegeben. Wohl niemand, der noch ein Herz in der Brust hat, wird diese Denkschrift lesen können, ohne das zwingende Gefühl, daß hier ein einmal begangenes Unrecht immer weiter verdrängt und auf die Spitze getrieben wurde, und daß nunmehr endlich Halt geboten werden muß. Die Rentnerforderungen erstrecken sich bis zu der endlich zu veranlassenden gänzlichen Herausnahme der früheren Kapitalrentner aus der öffentlichen Fürsorge auf

Befreiung der im Folge der Notverordnungen aufgetretenen Mißstände und Ungerechtigkeiten in der Fürsorge durch Aufhebung der fraglichen Bestimmungen.

Befreiung der Verpflichtungen ihrer Angehörigen und Erben auf die Bestimmungen des bürgerlichen Rechts.

Sicherung vor Übergriffen der Fürsorgebehörden.

Gewährung von Unterstützung in der Höhe, daß wirklich der notwendige Lebensbedarf gedeckt werden kann.

Genaueste Beachtung des § 84 des Aufwertungsgesetzes und des § 26 des Anteilsabzugsgesetzes.

Durchführung einer wirklich gehobenen jorge.

Arbeitsnot der Angestellten

Eine grauenhafte Statistik — Die Folgerungen zieht jeder Angestellte am 10. April.

Die Angestellten werden heute von der Arbeitslosigkeit noch härter betroffen als die Arbeiter. Ende April hat sich die Zahl der heillosen Angestellten gegenüber 1930 um 45,1 v. H. und gegenüber dem Ende des Jahres 1929 sogar um 143,9 v. H. vermehrt. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit der Arbeiter betrug an den gleichen Zeitstrichen 28,1 und 65,9 v. H., was also im Verhältnis geringer als die der Angestellten.

Die absoluten Zahlen über die Arbeitslosigkeit der Angestellten sind folgende:

	männlich	weiblich	zusammen
Ende 1929	121 590	54 541	176 131
Ende 1930	199 093	97 274	296 367
Ende 1931	295 249	154 762	450 011

Auf die wichtigsten Berufsgruppen verteilen sich die Stellenlosen, wie die nachstehenden Zahlen zeigen:

	Stm.	Angestellte	Techniker	und sonstige
Ende 1929	122 331	26 131	27 669	
Ende 1930	207 066	49 866	39 947	
Ende 1931	298 414	82 213	54 384	

Die Zahlen sprechen für sich selbst. Eine

grauenhaftere Statistik wird der deutsche Angestellte wohl kaum zu Gesicht bekommen haben, eine furchtbarere Anlage gegen das herrschende System gibt es einfach nicht. In diesen nackten Zahlen liegt der Angestellte, der noch das Glück hat, arbeiten zu dürfen, sein eigenes, herannahendes Schicksal und erkennt mit Entsetzen die zwangsweise Proletarisierung seines Berufsstandes. Nur der nationalsozialistische Staat, der das Recht auf Arbeit als obersten Grundsatz und Arbeitsbeschaffung als dringende Pflicht erkennt, wird auch dem Angestellten wieder das Bewußtsein einer gesicherten Existenz bringen.

Der größte Teil der Angestellten hat jedoch kein Recht, über furchtbares Los zu jammern. Jeder hat die Regierung, die er verdient! Solange sich die Angestellten nicht in die nationalsozialistische Front einreihen, wird ihr Elend nicht gemildert werden. Am 18. März haben viele von ihnen gesagt, daß sie es nicht besser verdienen.

Mögen sie am 10. April ihre Forderungen daraus ziehen und Wahl Stiller ihre Stimmen geben!